



Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Entwicklung und/oder Demokratie.
Die Interaktion von Entwicklung
und Herrschaftsverhältnis in Uganda.“

Verfasser

Martin Reif

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, im März 2009

Matrikelnummer

0302933

Studienkennzahl lt. Studienblatt

A300

Studienrichtung lt. Studienblatt

Politikwissenschaft

Betreuer

Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

*The North is to South what
the clock is to time*

Pearl Jam

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benützt und die den benutzten Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

Wien, im März 2009

Martin Reif

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis

1. Einleitung	9
2. Gegenstand und Thema der Arbeit	11
2.1 Thematische Eingrenzung	11
2.2 Forschungsfragen	11
2.3 Thesen und Hypothesen	12
2.4 Relevanz des Themas	13
2.5 Aufbau und Methodik	14
3. Theoretische Grundlagen	16
3.1 Begriffe und Konzepte	16
3.1.1 Entwicklung	16
3.1.2 Demokratie	19
3.1.3 Transition	20
3.2 Entwicklungstheorien und staatliche Rahmenbedingungen	21
3.3 Operationalisierung	26

4. Staat und Entwicklung	28
4.1 Kurze Geschichte des Entwicklungsstaates	28
4.2 Staatsentwicklung in der Dritten Welt	33
4.3 Schwache Staatlichkeit	36
4.4 Das Gewaltmonopol	39
4.5 Staatszerfall	41
4.6 Entwicklungsdiktatur oder -demokratie?	42
4.7 Konsolidierung der Demokratie	47
4.8 Neopatrimonialismus	51
5. Ugandas Geschichte der Demokratie	54
5.1 Zeittafel	55
5.2 Landesüberlick	55
5.3 Landesgeschichte	57
5.4 Demokratisierungsprozess bis 1986	60
5.4.1 Demokratie in vorkolonialer Zeit?	61
5.4.2 Demokratische Bewegungen im Kolonialismus	62
5.4.3 Demokratiebestrebungen in der Zeit der Diktaturen	64
6. 'Keine-Parteien-Demokratie' unter Yoweri Museveni	67
6.1 'Movement' vs. 'Multypartyism'	68
6.2 Wahlen und Wahlsystem	75
6.3 Demokratiepölitisch erreichte Ziele aus ugandischer Perspektive	80

7. Ugandische Entwicklungspolitik	83
7.1 Entwicklungspolitische Basisdaten	83
7.1.1 Human Development Index	83
7.1.2 Armutsgrenze	87
7.2 Millennium Development Goals (MDGs) in Uganda	88
7.3 Demokratie als Mittel der Armutsbekämpfung - Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) bzw. Poverty Eradication Action Plan (PEAP)	95
8. Résumé	99
9. Anhang	106
10. Abbildungen	116
11. Bibliographie	116
Abstract	123
Lebenslauf	125

Abkürzungsverzeichnis

DP	Democratic Party
KY	Kabaka Yekka
LC	Local Council
NRM	National Resistance Movement
NRA	National Resistance Army
PRSP	Poverty Reduction Strategy Paper
PEAP	Poverty Eradication Action Plan
RC	Resistance Council
UNDP	United Nations Development Program
UNLF	Uganda National Liberation Front
UNO	United Nations Organisation
UPC	Uganda People's Congress

1. Einleitung

„Human development is about people, about expanding their choices to live full, creative lives with freedom and dignity. Economic growth, increased trade and investment, technological advance – all are very important. But they are means, not ends. [...] The most basic capabilities for human development are living a long and healthy life, being educated, having a decent standard of living and enjoying political and civil freedoms to participate in the life of one’s community.“¹

Nach dieser Definition von Entwicklung des United Nations Development Program (UNDP) aus dem Human Development Report 2003 kann die große Mehrheit der Weltbevölkerung nicht als „entwickelt“ bezeichnet werden. Diese Mehrheit lebt in Ländern, die in ihrer Gesamtheit sehr verallgemeinernd gemeinhin als „Dritte Welt“, „Länder des Südens“ oder „Peripherie“ bezeichnet werden. Es ist die Aufgabe der Entwicklungspolitik, Wege zu finden die großteils afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Staaten an die genannten Entwicklungsziele, wie Wirtschaftswachstum, bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten, aber auch Gleichheit, Gerechtigkeit und Eigenständigkeit heranzuführen.²

¹ Vgl. Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmi / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (2004) S. 25

² Vgl. Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmi / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (2004) ebd.

Neben supranationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder der Europäischen Union, und sogenannten Non-Governmental-Organisations (NGOs), der „civil society“, kommt dem Staat eine zentrale Rolle innerhalb der Entwicklungspolitik zu. Auf der Seite der Dritten Welt ist er Entwicklungsstaat, und im „Westen“ die für die Verwaltung der öffentlich aufgebracht Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) verantwortliche Instanz. Wie aber soll der Staat organisiert sein, um Entwicklung bestmöglich zu fördern? Lange Zeit war umstritten, ob Demokratie im Hinblick auf Entwicklung die beste Regierungsform sei. Viele Wissenschaftler waren der Ansicht, autoritäre Regime wären besser geeignet, weil sie Entscheidungen schneller umsetzen könnten. Demokratisierung sollte demnach der Entwicklung folgen, und nicht umgekehrt. Heute gilt die Demokratie unbestritten als beste Form der Regierung. Aufgabe dieser Arbeit ist es, die Zusammenhänge von Demokratie und Entwicklung aufzuarbeiten, und im Anschluss daran die tatsächliche Interaktion am Beispiel Ugandas aufzuzeigen.

2. Gegenstand und Thema der Arbeit

2.1 Thematische Eingrenzung

Die staatlichen Institutionen sind bei weitem nicht der einzige Faktor der Entwicklung beeinflusst. Meine Arbeit wird sich aber auf die staatliche Perspektive der Entwicklungspolitik und die so geschaffenen Rahmenbedingungen beschränken. Hier wiederum soll der Entwicklungsstaat und nicht der Staat der so genannten „Geberländer“ im Zentrum stehen. Gegenstand der Analysearbeit ist Uganda, eines der acht Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungshilfe (ÖEZA). Die Untersuchung beginnt mit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1962. Seit der Erreichung der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1962 regierten in Uganda ein Einparteiensystem, Gewaltherrschaft, eine Art „Kein-Parteien-System“ und schließlich fanden im Jahr 2006 erstmals seit 25 Jahren Mehrparteiwahlen statt. Zum Verständnis wird zusammenfassend auf die gesamte Zeit seit 1962 eingegangen, das Zentrum der Analyse stellt aber die Untersuchung der demokratie- und entwicklungspolitischen Aktivitäten der Regierung unter Yoweri Museveni seit 1986 dar.

2.2 Forschungsfragen

Die zentrale Forschungsfrage lautet:

Wie gestaltet sich das Verhältnis von Entwicklung und Demokratie in Uganda seit der Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1962?

Zur Beantwortung der zentralen Forschungsfrage werden folgende weitere Fragestellungen bearbeitet:

- *Inwieweit ist Entwicklung überhaupt von staatlichen Institutionen abhängig?*
- *Ist Entwicklung nur in Demokratien nach westlichem Muster möglich? Oder ist vielmehr ein gewisser Grad an Entwicklung die Voraussetzung für Demokratie?*
- *Wie ist in diesem Zusammenhang die ugandische Demokratie einzuschätzen?*

2.3 Thesen und Hypothesen

Zu den Grundannahmen dieser Arbeit gehört, dass in jenen Ländern, die oft als Vorbild für Länder der Dritten Welt herangezogen werden, erst ein bestimmter Grad an Entwicklung erreicht wurde, bevor sich demokratische Regierungsformen durchsetzten. Weiters wird davon ausgegangen, dass Entwicklungsfortschritt, gemessen an bestimmten statistischen Werten, in manchen autoritären Staaten in relativ kurzer Zeit möglich war. Um dauerhafte und stetige Entwicklung zu ermöglichen, erwiesen sich autoritäre Systeme aber oft als zu krisenanfällig. Es zeigte sich außerdem, dass institutionelle Voraussetzungen, wie die Etablierung eines Gewaltmonopols, aber auch die Sicherstellung von Meinungs- und Pressefreiheit und die Unterstützung der Bevölke-

rung, erfüllt sein müssen, um erfolgreiche demokratische Transitionen zu ermöglichen.

Im konkreten Bezug auf das Beispielland Uganda lässt sich basierend auf diesen Ausgangsthesen folgende Hypothese aufstellen: Aufgrund der kolonialen Vergangenheit war das Land nicht ausreichend auf die Implementierung demokratischer Strukturen vorbereitet, wodurch die Gewaltherrschaften von Milton Obote und Idi Amin möglich wurden. Die Krisenanfälligkeit dieser autoritären Systeme konnte keinen, oder nur marginalen, Entwicklungsfortschritt garantieren. Yoweri Museveni ab 1986 amtierende Regierung konnte hingegen dank breiter Unterstützung durch die Bevölkerung und entwicklungspolitischer Erfolge einen konstanten Demokratisierungsprozess in Gang setzen.

2.4. Relevanz des Themas

Demokratie als Ziel an sich bringt Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, die Einhaltung der Menschenrechte und vieles mehr mit sich. Welche Implikation sich aus der Forderung nach Demokratisierung nach dem Vorbild westlicher Staaten ergeben, ist im politischen Diskurs aber oft nachrangig. Es erscheint mir auch wichtig, zu hinterfragen, wie Demokratie aussehen muss oder kann um Entwicklungsfortschritt, wie er oben definiert ist, zu ermöglichen. Wenn die genannten Voraussetzungen noch nicht erfüllt sind, können Demokratisierungsschritte zu früh erfolgen, was die Konsolidierung und Stabilität bereits umgesetzter Maßnahmen gefährden kann. Uganda hat in den letzten Jahren demokratische Errungenschaften der Stabilität und der Entwicklung

nachgestellt und ist dafür zwar stark kritisiert worden, konnte aber auch beachtliche Erfolge erzielen. Die Relevanz des Themas ist somit im Allgemeinen für Staaten im Demokratisierungsprozess gegeben, und im Besonderen im Hinblick auf den Umgang mit Uganda seitens des Westens und den politischen Forderungen, die an das Land gestellt werden.

2.5. Aufbau und Methodik

Die Arbeit stützt sich methodisch auf bereits vorhandene Sekundärliteratur, die Verfassungen der Republik Uganda, sowie Publikationen des United Nations Development Program zur Analyse der ugandischen Entwicklungspolitik. Zuerst wird im theoretischen Teil ein Einblick in Entwicklungs- und Demokratietheorie gegeben, und insbesondere auf die staatlichen Rahmenbedingungen eingegangen. Das folgende Kapitel 4 widmet sich dem Thema „Staat und Entwicklung“ und fokussiert dabei den Entwicklungsstaat, sowie die Probleme der schwachen Staatlichkeit und des fehlenden Gewaltmonopols. Es spannt insgesamt einen Bogen von den Anfängen des Entwicklungsstaates bis hin zur demokratischen Konsolidierung. Aufbauend auf diesen Grundlagen beschäftigt sich Kapitel 5 nach einem kurzen Landesüberblick mit den demokratischen Ansätzen, die bereits vor 1986 in Uganda feststellbar waren, da nur vor diesem Hintergrund die Politik des National Resistance Movement (NRM) analysiert werden kann. In den nächsten beiden Kapiteln wird eben diese Politik beleuchtet. Zum einen der Demokratisierungsprozess, und zum anderen die Entwicklungspolitik unter Yoweri Museveni. Nach der Bearbeitung dieses

Themenbereichs sollte es möglich sein, im Résumé die eingangs gestellten Fragen zu beantworten.

3. Theoretische Grundlagen

Im Theorieteil der Arbeit werden zuerst die für die Analyse notwendigen Begriffe näher beleuchtet, um die beiden Konzepte „Entwicklung“ und „Demokratie“ zusammenzuführen beziehungsweise ihre Wechselwirkungen untersuchen zu können. Es sollen die grundsätzlichen Konzepte so dargestellt werden, wie sie im Folgenden in der Arbeit Verwendung finden (Kapitel 3.1). Danach werde ich den aktuellen Stand der Entwicklungstheorie im Hinblick auf staatliche Rahmenbedingungen erfassen (Kapitel 3.2), und zum Abschluss erläutern, wie diese theoretischen Grundlagen in der Analyse operationalisiert werden (Kapitel 3.3).

3.1 Begriffe und Konzepte

3.1.1 Entwicklung

Das meine Diplomarbeit einleitende Zitat aus dem Human Development Report versteht Entwicklung als weitgefasstes Konzept. Es ist mehr als wirtschaftliche Produktivitätssteigerung, und es ist nur eingeschränkt als gesellschaftlicher Fortschritt beschreibbar. Lange Zeit war das Bruttosozialprodukt (BSP) bzw. das BSP pro Kopf, der einzige Indikator an dem Entwicklung gemessen wurde. Der Entwicklungsbegriff der UNO ist umfassender und ihm liegen vor allem drei Komponenten zugrunde: Lebenserwartung, Bildung und Lebensstandard. Die quantitative Messung dieser drei Aspekte führt zum Human

Development Index (HDI)³, der seit 1990 erstellt wird. Er ermöglicht den Nachweis, dass Wirtschaftswachstum und Lebensstandard nicht in direkter Korrelation stehen müssen. Viele Länder nehmen nämlich in den HDI-Ranglisten deutlich bessere oder schlechtere Positionen ein, als beispielsweise in den BSP-Ranglisten der Weltbank. So liegt Kuba beim BSP pro Kopf weltweit auf Platz 90 und beim HDI auf Platz 52⁴. Und während Vietnam beim BSP pro Kopf ein paar Plätze hinter Pakistan liegt⁵, ist der Entwicklungsstand laut HDI-Rangliste Vietnams (Platz 105) deutlich höher als der Pakistans(Platz 136).⁶

Trotz der Versuche Entwicklung quantitativ zu erfassen, beinhaltet der Begriff starke normative und wertende Aspekte. Welche Indikatoren zur Messung verwendet werden und welche Bedeutung ihnen zukommt, unterliegt einem ständigen Wandel, der von den Erfolgen und Misserfolgen der Entwicklungspolitik beeinflusst wird. Uma Kothari von der University of Manchester betonte bei einem Vortrag beim Symposium für Entwicklungsforschung⁷, dass Entwicklung als Begriff nur durch die Unterscheidung von „entwickelten“ und „unterentwickelten“ Staaten aufgrund bestimmter Merkmale funktioniere. Die Hervorhebung einiger Merkmale (z.B. Armut) gegenüber anderen, zu denen etwa Machtverhältnisse gehören, müsse überwunden werden. Ein weiteres Problem bestehe darin, dass der Westen die Gegenwart der „Dritten Welt“ in direkten Bezug zu seiner eigenen

³ Vgl. UNDP (2007) S. 45

⁴ Vgl. Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmi / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (2004) S. 31 f. Anm.: Aktuelle Platzierungen konnten für Kuba nicht recherchiert werden, weil im Bericht der Weltbank 2007/2008 keine Angaben für Kuba vorkommen.

⁵ Vgl. World Bank (2006) : Pakistan liegt auf Rang 164 und Vietnam auf Rang 169.

⁶ Vgl. UNDP (2008)

⁷ Dieses Symposium fand von 25. bis 27.10.2007 in Mattersburg statt.

Vergangenheit setze. Man nehme den Entwicklungsländern die Möglichkeit, ihre eigene Zukunft zu gestalten, indem man festlege, wohin Entwicklung führen muss.

Erst Misserfolge in der Entwicklungspolitik führten den Begriff zu seiner heutigen Bedeutung. Franz Nohlen und Dieter Nuscheler setzten 1993 fünf Eckpunkte des „magischen Fünfecks“ der Entwicklung fest: Wirtschaftswachstum zur Wohlfahrtsmehrung; produktive und ausreichend bezahlte Arbeit; Gleichheit und Gerechtigkeit; Unabhängigkeit und Eigenständigkeit und schließlich Partizipation und Demokratie. Im Umkehrschluss definiert Franz Nuscheler Unterentwicklung als

„...unzureichende Fähigkeit von Gesellschaften, die eigene Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und lebensnotwendigen Dienstleistungen zu versorgen, mit anderen Worten, ihr ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.“⁸

Allerdings sind nach Nuscheler viele Entwicklungsländer, die im allgemeinen Sprachgebrauch und auch von den Vereinten Nationen als solche bezeichnet werden, eigentlich keine. Diejenigen Länder, das betrifft insbesondere lateinamerikanische Staaten, die durch Umverteilung des Reichtums aus eigener Kraft die Massenarmut beseitigen könnten, bezeichnet er nicht als unter- sonder als fehlentwickelt.⁹ Aus meiner Sicht ist diese Unterscheidung legitim, sie wird für meine Arbeit aber wenig relevant sein, da Uganda wie viele Länder Afrikas der Definition Nuschelers nach „unterentwickelt“ sind. Fehlentwicklungen

⁸ Vgl. Nuscheler, Franz (2004) S. 186

⁹ Vgl. Nuscheler, Franz (2004) S. 186

betreffen eher den institutionellen Bereich, wie die Herausbildung von Autokratien und das Versagen von Demokratisierungsprozessen.

3.1.2 Demokratie

Herrschaft des Volkes vom griechischen *demos* = Volk und *kratein* = herrschen.

Demokratie unterscheidet sich in seiner modernen Bedeutung von anderen Herrschafts- oder Staatsformen durch das Ziel der Selbstbestimmung der BürgerInnen. Sie definiert sich nach der Gettysburg-Formel von Abraham Lincoln als "Government of the people, by the people, for the people."¹⁰

In der europäischen Konzeption ist Demokratie eng mit dem Entstehen des modernen Verfassungsstaates verknüpft. In diesem Sinne spricht man von einer Demokratie, wenn folgende Kernelemente gegeben sind: Rechts- und Verfassungsstaat, Gewaltenteilung, Parlamentarisierung der Herrschaft, Partizipation im Sinne der Integration von möglichst allen Bevölkerungsschichten, Parteiendemokratie, und Inklusion durch soziale Grundrechte.¹¹

Unter Demokratisierung versteht man aber nicht nur die Schaffung von demokratischen Institutionen, sondern auch die Wiedererlangung demokratischer Kontrolle über Entscheidungsmechanismen, die unter

¹⁰ Vgl. Nohlen, Dieter, Schultze, Rainer-Olaf (2002) S. 121

¹¹ Vgl. Nohlen, Dieter, Schultze, Rainer-Olaf (2002) S. 121 f.

3. Theoretische Grundlagen

dem Einfluss privater Akteure (zum Beispiel Konzerne, Think-Tanks, Lobbyisten) stehen.¹²

Im Zusammenhang mit der Dritten Welt wird Demokratisierung oft mit dem Konzept „Good Governance“ gleichgesetzt. Das United Nations Development Programme (UNDP) beispielsweise sieht „Good Governance“ durch Demokratisierung als einen Grundpfeiler zur Erreichung von Entwicklungszielen. Zu den Anstrengungen der UN-Organisation in Afrika gehören daher:

„...improving access to justice, constitutional reform, human rights, decentralization of local governance, supporting parliaments and strengthening of legislatures, promoting transparency and accountability.“¹³

Diese Ziele sind aus meiner Sicht entscheidend für die Analyse der ugandischen Form der Demokratie. Können sie ohne das Umsetzen des westlichen Demokratieverständnisses erreicht werden?

3.1.3 Transition

Unter Transition versteht man den Übergang vom autokratischen Regime zur Demokratie. Dieser Übergang ist durch politisch-institutionelle Veränderungen gekennzeichnet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber die deutliche Abgrenzung von der Konsolidie-

¹² Vgl. Brand, Ulrich (Hg.) (2007) Stichwort: Demokratisierung

¹³ <http://www.undp.org/africa/governance.shtml>

rung, da der formale Übergang zur Demokratie allein oft zu hybriden Herrschaftsformen führt, oder auch zum Rückfall in den Autoritarismus.

3.2 Entwicklungstheorien und staatliche Rahmenbedingungen

Die Theorien zum Zusammenhang von staatlichen Rahmenbedingungen und Entwicklung sind meist nur als Teilbereiche der „großen“ Entwicklungstheorien zu verstehen. Der Zusammenhang war und ist heftig umstritten und so nahm der Staat in der Geschichte der Entwicklungstheorien äußerst unterschiedliche Rollen ein: Als „*strangulierender Interventionsstaat*“¹⁴ stellt er für den Neoliberalismus das Entwicklungshindernis Nummer Eins dar, andererseits führte eben das Konzept des Minimalstaates zu den Phänomenen Staatsversagen und Staatszerfall und der „Entwicklungsstaat“ wurde zentrales Element der Planung und Erreichung von Entwicklungsfortschritten.

Im aktuellen entwicklungstheoretischen Diskurs wird dem Staat mehr Bedeutung zugeschrieben als in den 1980er und 1990er Jahren. Konzepte wie *Good Governance* und *Institution building* zielen darauf ab, den Staat zu stärken, um seinen Bürgern Rechtssicherheit garantieren zu können. Der Staat spielt also weiterhin eine „*entwicklungspolitische Schlüsselrolle, sowohl im Innern, indem er für innere Sicherheit, politische Stabilität und soziale Integration sorgen*“

¹⁴ Nuscheler, Franz (2005) S. 132

soll, als auch mit seiner Scharnierfunktion im internationalen Mehrebenensystem.“¹⁵

Ähnlich argumentiert Hannes Wimmer die seiner Ansicht nach zentrale Stellung des Staates im entwicklungstheoretischen Diskurs: Da der Staat im Mittelpunkt jedes politischen Systems stehe, sei nach einem Staatskollaps keine positive Entwicklung mehr möglich. Im Gegenteil, ein Hobbesscher Naturzustand, in dem Zerstörung und Rechtlosigkeit zum Alltag gehören wäre die Folge. Seine These lautet daher:

„konsolidierte moderne Staatlichkeit ist die wichtigste entwicklungspolitische Bedingung für den Durchbruch zur modernen Gesellschaft, einschließlich des Übergangs zur Demokratie!“¹⁶

Beide Großtheorien der Entwicklung, die Modernisierungstheorie und die Dependenztheorie¹⁷ (*Dependencia*) waren nicht in der Lage tatsächliche Entwicklungsprozesse zu erklären. Einerseits wurde die Modernisierungstheorie, die Entwicklung als gesellschaftlichen Übergang von Rückständigkeit zu Fortschritt versteht, vom Ausbleiben von Entwicklung widerlegt. Zum anderen gab es keine nachholende Entwicklung, wie die Dependenztheorie, die die Ursachen von Unterentwicklung primär exogen verortet, es prognostiziert hatte.¹⁸

¹⁵ Vgl. Nuscheler, Franz (2005) S.133

¹⁶ Wimmer, Hannes (2000) S. 210

¹⁷ Ein Überblick über die beiden Theorien findet sich z.B. in: Kolland, Franz (2004)

¹⁸ Vgl. Nohlen, Dieter (2005) S. 314

Dieter Nohlen prüft in seinem Artikel „*Entwicklungstheoretische Ansätze und reale Transitionsprozesse*“ die Anwendbarkeit der wichtigsten entwicklungstheoretischen Strömungen auf Demokratisierung. Der Aspekt der Modernisierungstheorie¹⁹, der von bestimmten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Standards vor der Demokratisierung ausgeht, ist laut Nohlen ebenso widerlegt, wie seine Umkehrung. Es gibt praktische Beispiele für beide Varianten: In Südeuropa und Südostasien gibt es einige Länder, die nach erfolgreicher Modernisierung demokratisiert wurden, und vor allem in Lateinamerika und Afrika fanden Transitionen gerade in Zeiten wirtschaftlicher und sozialer Krisen statt. Es gibt also keinen direkten Zusammenhang zwischen erfolgreicher Entwicklung und dem Zeitpunkt der Demokratisierung.

Zweifellos gibt es aber eine Korrelation zwischen der Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Konsolidierung von Demokratie, wie sie die Lipset-These beschreibt: „*the more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy*“.²⁰ Der Namensgeber dieser These, Seymour Martin Lipset, gilt als Begründer des modernisierungstheoretischen Basisparadigmas und sein Essay „*Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*“ wird als Beginn der Diskussion um den Zusammenhang zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung gesehen. Lipset griff die These von Max Weber auf, der 1906 in Bezug auf Russland geäußert hatte, dass moderne Demokratie nur unter der Voraussetzung kapitalistischer Industrialisierung zu realisieren sei

¹⁹ Insbesondere die sogenannte Prerequisites-Theorie

²⁰ Vgl. Lipset, Seymour Martin (1959) S. 75 zit. nach: Vgl. Nohlen, Dieter (2005) S. 322

und verband sie mit der Theorie David Leners, der die mit der Industrialisierung einhergehende sozioökonomische Modernisierung mit politischer Partizipation in Zusammenhang stellte. Im Rahmen einer empirischen Untersuchung verglich Lipset Daten europäischer, angelsächsischer und lateinamerikanischer Staaten aus der Nachkriegszeit und konnte nachweisen, dass stabile Demokratien bei den seiner Analyse zugrundeliegenden Faktoren (wirtschaftlicher Wohlstand, Industrialisierung, Bildungsniveau, Urbanisierung) am besten abschnitten. Den Grund dafür sah Lipset in der durch wirtschaftliche Entwicklung ermöglichten Zunahme von Wohlstand, Bildung und materieller Gleichheit. Diese sozioökonomische Entwicklung führe zur Entstehung einer moderaten und toleranten, und somit demokratieförderlichen, Mittelschicht.²¹

Die *Dependencia*, die davon ausgeht, dass Entwicklung hauptsächlich von äußeren Faktoren wie dem Weltmarkt und internationalen Kapitalflüssen abhängt, ist ebenso wenig generalisierbar. Ihre Annahmen treffen auf Demokratisierungsprozesse Lateinamerikas zu, auf jene Afrikas jedoch nicht.

In gleicher Weise wurden Entwicklungstheorien, die auf der strukturalistisch-deterministischen Annahme, dass das Politische einzig und allein vom Ökonomischen abhängt, durch reale Transitionsprozesse widerlegt.²² Marxistisch orientierte Entwicklungstheorie, die davon

²¹ Vgl. Muno, Wolfgang (2001) S. 3 f.

²² Dieter Nohlen nennt als Beispiel die Theorie des „Bürokratisch-Autoritären Staates“ von Guillermo O'Donnell aus dem Jahr 1973. Diese Theorie versuchte den lateinamerikanischen Autoritarismus durch eine starke Industrialisierungsphase bei hoher Kapitalkonzentration und niedrigen Löhnen zu erklären.

ausgeht, dass Klassen- und Volkskämpfe der Ursprung politischen Wandels seien, entspricht genauso wenig der Wirklichkeit, wie die gegenteilige Annahme, dass einzig die Eliten Transitionsprozesse beeinflussten. So gibt es sowohl Beispiele, wo der Übergang zur Demokratie von Partei- und Militäreliten vereinbart wurde, als auch Fälle, in denen die Wählerschaft den Prozess in Gang setzte oder, wie in vielen Ländern Afrikas, *„Massenproteste die Staatsklasse das Fürchten gelehrt [haben].“*²³ Die Theorien, die es in Entwicklungstheorien zum politischen Wandel gibt, gehen meist von radikalen Brüchen aus, wie Buchtitel wie *„Autoritarismus oder Revolution“* oder *„Faschismus oder Revolution“* belegen.²⁴ Auch diese Theorien haben heute keinen Erklärungswert mehr, denn in der Regel erfolgen Transitionen nach Verhandlungen und werden mit Pakten beschlossen.

In der Entwicklungstheorie wurde Demokratie lange Zeit weitgehend vernachlässigt. Demokratie an sich wurde nicht als Wert anerkannt, man sah also in Demokratisierung nicht unbedingt einen Entwicklungsfortschritt. Richard Löwenthal schrieb 1973 Entwicklung und Demokratie würden einander widersprechen, und Dieter Senghaas plädierte 1977 für sozialistische Entwicklung. Auch heute noch ist Demokratie weder ein zentrales, noch ein unumstrittenes Thema der Entwicklungstheorie. So plädiert Franz Nuscheler für die freie Systemwahl der Entwicklungsländer. Demokratie könne nicht einfach „verpflanzt“ werden, vielmehr müssten Demokratisierungsprozesse, die Politik und Gesellschaft betreffen, von innen kommen. Im aktuellen Diskurs, besonders in Bezug auf afrikanische Staaten südlich der

²³ Vgl. Nohlen, Dieter (2005), S. 323

²⁴ Vgl. Nohlen, Dieter (2005), S. 325

Sahara, setzt sich die Ansicht durch, das größte Entwicklungshindernis seien nicht ökonomische, sondern politische Probleme.²⁵ Nicht- oder nur eingeschränkt funktionsfähige politische Systeme, die sich in erster Linie durch Gesellschaftsstruktur bzw. gesellschaftliche Differenzierung von „modernen Gesellschaften“ unterscheiden, bedürfen daher näherer Betrachtung.

3.3. Operationalisierung

Zu meinen Ausgangsthesen gehört, dass Demokratie einen positiven Einfluss auf Entwicklungsprozesse hat, auch wenn dieser Erfolg nicht unbedingt im BIP pro Kopf fassbar wird. Eine adäquate Theorie, oder Teil einer Theorie, muss daher der These entsprechen, dass der Staat entwicklungsförderliche Rahmenbedingungen schaffen kann. Sowohl in dieser Hinsicht, als auch in Bezug auf den starken Einfluss der Bevölkerung scheint mir für die Frage der Transition in afrikanischen Ländern die marxistische Theorie viel Erklärungspotential zu bieten, da weniger äußere Zwänge sondern vielmehr Volksaufstände politische Wendepunkte darstellten.

In Bezug auf die Konsolidierung von Demokratie orientiert sich diese Arbeit an einem von Dieter Nohlen beschriebenen Ansatz, der Probleme junger Demokratien nicht verkennt, sondern als Herausforderungen im Rahmen der Konsolidierung versteht. Spezifische räumliche und zeitliche Bedingungen müssen mit bedacht werden. Einteilungen, die die Qualität von demokratischen Systemen

²⁵ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 114

im Vergleich zu westlichen beurteilen, können zwar zum Verständnis hilfreich sein, stehen aber nicht im Mittelpunkt dieser Arbeit. Zentral ist, dass aus der Transition hervorgegangene Institutionen *„nicht Ergebnis einer ihnen gemäßen politischen Kultur sind, sondern dieser eher vorausseilten und folglich noch einer dauerhaften gesellschaftlichen Verankerung harren.“*²⁶ Es kommt dabei auf die Schaffung politischer Legitimität an, die nicht nur von *polity* und *politics*, sondern ganz entscheidend von den *policies*, den Politikergebnissen, abhängt.²⁷ Diese Politikergebnisse müssen den Erwartungen der lokalen Bevölkerung entsprechen, und nicht den Vorstellungen „des Westens“.

Wenn es also kein absolutes Ideal von Demokratie gibt (zumindest in dieser Arbeit), sondern die beste Lösung von den Umständen abhängig ist, dann macht nur eine spezifische Analyse Sinn. Es werden folglich nicht in einem Querschnitt verschiedene Systeme aneinander gemessen, sondern es sollen durch die zeitliche Längsschnittanalyse eines Landes, Uganda, entwicklungsförderliche oder -abträgliche Konsequenzen von Demokratisierung erfasst werden, was einer historisch-dialektischen Zugangsweise entspricht.

²⁶ Vgl. Nohlen, Dieter (2005) S. 327

²⁷ Vgl. Nohlen, Dieter (2005) S. 327

4. Staat und Entwicklung

Nicht nur in der heutigen „Dritten Welt“ besteht ein offenkundiger Zusammenhang zwischen Staat und Entwicklung. Dieses Kapitel beleuchtet zum einen den historischen Aspekt dieses Zusammenhangs und analysiert zum anderen die Probleme der Staatlichkeit in den Entwicklungsländern. Schwache Staatlichkeit und fehlendes Gewaltmonopol führten und führen bis hin zum Staatszerfall. Danach wird der Frage nachgegangen, welche Staatsform Entwicklungsfortschritt am meisten begünstigt, und welche Rolle die Theorie des Neopatrimonialismus in diesem Themenfeld einnimmt.

4.1 Kurze Geschichte des Entwicklungsstaates

Als sich in der Zwischenkriegszeit sowohl das Habsburger als auch das Osmanische Reich auflöste, entstanden in Osteuropa eine Reihe von rechtsautoritären Staaten, die ihren wirtschaftlichen Entwicklungsrückstand gegenüber Westeuropa mithilfe staatlicher Initiative aufzuholen versuchten. Die Industrialisierung dieser Region sollte durch protektionistische Maßnahmen und verstärkte Konzentration auf den Binnenmarkt erfolgen. Erste Entwicklungsstaaten entstanden aber auch in Lateinamerika, der Türkei und dem Südlichen Afrika.²⁸ Der Grund dafür war in beiden Fällen derselbe: der schlagartige Verlust von Absatzmärkten. Was in Europa durch den Zerfall der Großreiche geschah, wurde in der Dritten Welt durch die Weltwirtschaftskrise bewirkt. Die auf die kapitalistischen Zentren

²⁸ Vgl. Purkarthofer, Petra (2004) S. 146

ausgerichteten Märkte wurden mit verfallenden Rohstoffpreisen und versiegenderem Kapitalzufluss konfrontiert, was in der Folge die Möglichkeiten des Warenimports und der eigenen Warenproduktion drastisch einschränkte und so zu einem Rückgang der Warenversorgung führte.

In politisch unabhängigen Ländern der Peripherie wurden Sofortmaßnahmen, wie Importbeschränkungen und – soweit dies möglich war – Einstellung bzw. Verminderung des Schuldendienstes, eingeleitet. Längerfristig wurde das bisherige Wirtschaftsmodell²⁹ durch „importsubstituierende Industrialisierung“, eine Wirtschaftsform, die durch Investitionen des Staates zum Schutz der heimischen, noch schwachen Industrie vor ausländischer Konkurrenz, und durch den Aufbau von Staatsbetrieben gekennzeichnet ist, ersetzt. Man erhoffte sich von dieser Strategie positive Effekte auf die Zahlungsbilanz, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsquote.³⁰

Die theoretische Grundlage des neuen Wirtschaftskonzeptes wurde ab Ende der 1940er Jahre von ÖkonomInnen der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL), allen voran Raúl Prebisch, erarbeitet.³¹ In den 1960er Jahren wurden die bis dahin entwickelten Konzepte, die eine eigenständige, nachholende Entwicklung des Südens beabsichtigten, zur „Dependenztheorie“ zusammengefasst. Im Gegensatz zur Modernisierungstheorie, die primär endogene Faktoren als Ursachen für Unterentwicklung ansieht, verortet die Dependenztheorie diese in exogenen Einflüssen. Dazu gehören vor allem die

²⁹ Außenorientiertes Wirtschaftsmodell

³⁰ Vgl. Nohlen, Dieter, Schultze, Rainer-Olaf (2002) S. 336

³¹ Vgl. Purkarthofer, Petra (2004) S. 146

(Nach-) Wirkungen des Kolonialismus und die Einbindung in den Weltmarkt. Im Mittelpunkt des Ansatzes steht das Abhängigkeitsverhältnis, in dem die Entwicklungsländer gegenüber den hochentwickelten Industrieländern stehen. Unterentwicklung wird hier nicht als erste Stufe auf dem Weg zur Entwicklung angesehen, sondern folgendermaßen:

„Unterentwicklung und Entwicklung sind vielmehr simultane Prozesse – sie sind die zwei Gesichter der historischen Entwicklung des Kapitalismus. Die jetzt entwickelten Länder waren nie unterentwickelt, wenn sie auch nicht-entwickelt waren.“³²

Der *Cepalismo*, eine weniger radikale Strömung, unterschied sich von der Dependenztheorie vor allem durch die Anerkennung der gegebenen Machtstrukturen³³ und wurde deshalb für die Praxis relevanter.³⁴

Charakteristisch für die Wirtschaftspolitik des klassischen Entwicklungsstaates war die mechanistische Vorstellung, mit der sie betrieben wurde. Während in der neoklassischen Ökonomie die „unsichtbare Hand“ des Marktes ökonomische und soziale Probleme lösen sollte, sah man jetzt, auch aufgrund der Industrialisierungserfolge der Sowjetunion, im Staat das Allheilmittel schlechthin. So wurden sogenannte „Erziehungszölle“, die Friedrich List schon 1841 zum Schutz

³² Vgl. Kolland, Franz (2004) S. 95

³³ Gemeint sind hier vor allem inländische dominante Unternehmergruppen, die stark von der Beschüttheit im Entwicklungsstaat profitierten, ohne an Umverteilung in Form von Lohnerhöhungen (Stichwort: trickle-down, spread-effects) interessiert zu sein.

³⁴ Vgl. Jäger, Johannes / Novy, Andreas (2004) S. 165

von sich entwickelnden neuen Industriezweigen empfohlen hatte, eingeführt. Das Ziel war es, möglichst rasch qualitativ hochwertige Produkte erzeugen zu können, um damit am Weltmarkt konkurrenzfähig zu sein und in der Folge die „Erziehungszölle“ wieder abzubauen. Auf der Angebotsseite wurde die Strategie einer imports-
substituierenden Industrialisierung (ISI) verfolgt, die auf der damals schon relevanten These der Verschlechterung der Terms of Trade von Rohstoffen im Vergleich zu Industrieprodukten beruhte.³⁵

In der Praxis wurden diese erwähnten Zölle aber vielmehr zu Schutzmauern, die eine Sphäre der Konkurrenzlosigkeit am eigenen Markt schufen, und damit eine Steigerung der Produktivität nahezu verhinderten. Das Problem der ungleichen Einkommensverteilung auf der Nachfrageseite konnte durch keynesianistische Politik nicht gelöst werden. Das Ausmaß von Umverteilung und Lohnzuwachsen blieb zu gering um der geringen Nachfrage am Binnenmarkt entgegenwirken zu können.³⁶ So blieb die Exportwirtschaft auf Rohstoffe beschränkt und der Staat wurde durch den notwendigen Kapital- und Warenimport abhängiger von internationalen Kapitalinteressen. Das entstehende Leistungsbilanzdefizit wurde durch die Aufnahme von Auslandskrediten ausgeglichen. Die plötzliche Zinserhöhung durch die USA Ende der 1970er Jahre brachte das Fass durch die riesigen Zinszahlungen zum Überlaufen und stürzte vor allem die Staaten Lateinamerikas in die Verschuldungskrise. In vielen Ländern wurde versucht mit weiteren staatlichen Eingriffen, unter anderem Bodenreformen und Verstaatlichungen, die Umverteilungspolitik zu

³⁵ Vgl. Jäger, Johannes / Novy, Andreas (2004) S. 164

³⁶ Vgl. Purkarthofer, Petra (2004) S. 153

verbessern. Durch derartige Maßnahmen konnte zwar ein hohes Wirtschaftswachstum erreicht werden, aber innergesellschaftliche Konflikte und oft auch Interventionen der USA leiteten eine neue Ära rechter Militärdiktaturen ein. Prominentestes Beispiel dafür ist Chile, wo Verstaatlichungen seitens der sozialistischen Regierung 1973 durch einen Militärputsch mit Unterstützung der Vereinigten Staaten rückgängig gemacht, beziehungsweise verhindert wurden.

Besser funktionierte die staatszentrierte Modernisierung in einigen Staaten Ost- und Südasiens, obwohl die wirtschaftlichen Voraussetzungen nach dem zweiten Weltkrieg in diese Region schlechter als in Lateinamerika waren. Verantwortlich dafür sind die Unterschiede in den sozialen und politischen Voraussetzungen. In der „Triple Alliance“ aus lokalem Privatkapital, transnationalem Investitionskapital und dem Staat blieb in den so erfolgreichen Tigerstaaten Singapur, Taiwan, Südkorea und Hongkong der autoritäre Staat die stärkste Kraft.³⁷ Hingegen verhinderte die unternehmerische Elite in Lateinamerika den Abbau der protektionistischen Maßnahmen und die bereits erläuterte Verteilungspolitik seitens des Staates. Die neuen Militärregime, die in Chile und Argentinien und Uruguay schon in den 1970ern regierten, und in den anderen Staaten Lateinamerikas in den 1980er oder 1990er Jahren Fuß fassten, ersetzten den Cepalismo und die Dependenztheorie durch den Neoliberalismus. In den meisten Fällen kam diese Änderung aber nicht von Innen, sondern wurde den Regimen von den Internationalen Finanzorganisationen aufgezwungen.³⁸ Diese neuen Konzepte beruhen auf dem Liberalismus des 19.

³⁷ Vgl. Hein, Wolfgang (2004) S. 4

³⁸ Vgl. Jäger, Johannes / Novy, Andreas (2004) S. 168

Jahrhunderts, der besagt, dass die Ökonomie einzig den Gesetzen des Marktes unterworfen sein solle, gehen aber noch weit darüber hinaus:

„Nicht nur, dass die Politik nicht in die Ökonomie ‚hineinregieren‘ solle, nein, auch Politik und Soziales haben sich den Gesetzen des Marktes und damit der Profitlogik zu unterwerfen.“³⁹

Exportorientierung, Liberalisierung des Kapitalverkehrs und Aufgabe staatlicher Monopole hießen die neuen Ziele der Wirtschaftspolitik, die den Finanzinstitutionen Schuldentilgung und neue Kapitalanlagemöglichkeiten garantieren sollten, und an die Stelle der staatsorientierten Entwicklung traten.

4.2 Staatsentwicklung in der Dritten Welt

Zur Analyse des Zusammenhangs von Staatlichkeit und Entwicklung in der Dritten Welt ist es hilfreich, die Staatsentwicklung näher zu betrachten. Zuallererst muss festgestellt werden, dass der Begriff „Dritte Welt“ dazu verleitet, eine Einheit zu sehen, wo keine ist. In seiner ursprünglichen Verwendung, als Bezeichnung für die während des Kalten Krieges blockfreien Staaten, noch relativ unproblematisch, wurde er ab den 1960er Jahren zum Synonym für die „Verdammten

³⁹ Jäger, Johannes / Novy, Andreas (2004) S. 168.

dieser Erde".⁴⁰ Das UNDP⁴¹ und die Weltbank sprechen von „high, medium and low human development“ bzw. „high, upper middle, lower middle and low income countries“ und zählen aufgrund unterschiedlicher Maßstäbe 118 bzw. 150 Entwicklungsländer.⁴²

Die Heterogenität der Länder der Dritten Welt betrifft sowohl Geschichte, Gesellschaft, als auch Politik. Auch die Bandbreite an vorkolonialen Herrschaftsstrukturen ist dementsprechend groß. Sie reicht von tribalen Strukturen über lose politische Verbände des Nomadismus bis hin zu zentralisierten Königreichen mit geregelten Abgabensystemen und stehenden Heeren.⁴³ Dennoch wird die Staatsbildung in der Dritten Welt im Allgemeinen in der Zeit der Dekolonisation und der Erlangung der Unabhängigkeit angesetzt. Mit dieser Vorgangsweise blendet man jedoch politische und soziale Strukturen und Traditionen, die bereits vor der Kolonialzeit bestanden und diese überdauerten, vollkommen aus. Während in den westlichen Ländern eine kontinuierliche Entwicklung stattfand, brachte der europäische Imperialismus der Dritten Welt moderne Formen, die heute widersprüchlicherweise neben althergebrachten Tradition existieren.⁴⁴ Klaus Schlichte sieht dieses Nebeneinander von Industriekapitalismus

⁴⁰ Fanon, Frantz (1966): Die Verdammten dieser Erde. Suhrkamp. Frankfurt/Main. Zit. nach: Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Parnreiter Christof (Hg.) (2004): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin / Hanak, Irmi / Hödl, Gerald / Parnreiter Christof (Hg.) (2004): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Mandelbaum. Wien. S. 28

⁴¹ United Nations Development Program, UN-Entwicklungsprogramm

⁴² Vgl. Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (2004) S. 28

⁴³ Vgl. Schlichte, Klaus (2000) S. 263

⁴⁴ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 224. Hannes Wimmer beschreibt am Beispiel Somalia: „Diese traditonalistische Klan-Struktur wurde bereits in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit reaktiviert, nicht zuletzt durch die Einrichtung von „demokratischen“ Wahlen: [...]“ Wimmer 2000, S. 224

und Nomadismus als grundlegendes Merkmal vieler Gesellschaften, das ihre politische Form der Staatlichkeit nachhaltig prägt.⁴⁵

Die Dekolonisierungsprozesse, die von den 1940er bis in die 1970er Jahre reichten, bedeuteten keinesfalls ein Ende aller Verbindungen zwischen den Kolonialmächten und den Kolonisierten. Viele Beziehungen blieben erhalten und einige neue kamen hinzu. Dazu gehören unter anderem der Handel, die Migration, die Kirche und Organisationen der Entwicklungshilfe. Noch grundlegendere Merkmale des Staates, wie die Staatsgrenzen, die Verfassung, der Verwaltungsapparat und die wirtschaftliche Struktur wurden in vielen Fällen von der jeweiligen Kolonialmacht bestimmt, oder entscheidend geprägt. Des Weiteren ist zu beachten, dass die neuen Staaten zur Zeit ihrer Gründung im Gegensatz zu den europäischen Staaten direkte Vorbilder hatten. Insbesondere in der Nachkriegszeit beeinflusste das neue westliche erweiterte Staatsverständnis die ehemaligen Kolonien. Aber auch die sozialistischen Staaten, allen voran die Sowjetunion und die Volksrepublik China, hatten zu dieser Zeit in den Bereichen Industrialisierung, Landwirtschaft, Gesundheit und Bildung durchaus Vorbildfunktion.⁴⁶ All diese Faktoren der Staatsbildung gilt es zu berücksichtigen, will man die Ursachen aktueller Entwicklungshindernisse verstehen.

⁴⁵ Vgl. Schlichte, Klaus (2000) S. 263

⁴⁶ Vgl. Schlichte, Klaus (2000) S. 266 ff

4.3 Schwache Staatlichkeit

Entwicklung, wenn sie auch auf die Steigerung von Produktivitäts- und Konsumniveau beschränkt werden muss, und die politischen Strategien peripherer Staaten sehr unterschiedlich sind, ist ein gemeinsames Ziel der Dritten Welt. Doch warum sind diese Strategien in der Vergangenheit bis auf wenige Ausnahmen immer wieder gescheitert? Ein Grund sind sicher die durch eine überstürzte Weltmarktintegration bedingten Schwankungen von Devisen- und Staatseinnahmen, die eine lineare Entwicklung verhindern. Es gibt aber noch eine Reihe anderer Faktoren, die Entwicklung beeinträchtigen. Sie beruhen oft auf dem Fehlen eines modernen Staates, der über ein staatliches Gewaltmonopol verfügt, Ökonomie und Politik trennt und das Territorialprinzip vollständig durchsetzt.⁴⁷

Mangelhafte Sanktionen gegen private Gewalt, nicht-legitime staatliche Gewalt, wie zum Beispiel Folter, sowie die Unterlassung der tatsächlichen Umsetzung von Reformen, wovon insbesondere Landreformen und Umweltstandards betroffen sind, beeinträchtigen das legitime staatliche Gewaltmonopol. So ist es im Norden und Nordosten Brasiliens nahezu unmöglich Landreformen gegen die Interessen privater Großgrundbesitzer durchzusetzen, da diese sich mit der Androhung und Vollziehung von Gewalt gegen politisch Engagierte zu helfen wissen. In den Großstädten der Dritten Welt ist Alltagskriminalität bereits für Teile der Bevölkerung zum festen Bestandteil ihres täglichen (Über-)Lebens geworden und die Bedeutung der organisierten Kriminalität nimmt, unter anderem im Drogenhandel, rasant zu.

⁴⁷ Vgl. Hein, Wolfgang (1998) S. 94

Parallel dazu entstehen in den reichen Wohngebieten sogenannte „gated communities“, abgeschlossene Gebiete, in denen private Sicherheitsdienste anstelle des Staates für Schutz und Ordnung sorgen.

Zur Trennung von Politik und Ökonomie ist zu sagen, dass der Markt das wichtigste Instrument zur Koordinierung des Einsatzes wirtschaftlicher Ressourcen ist und die Politik ein System bereitstellt, das die Aufgabe hat,

„der Austragung gesellschaftlicher Interessenkonflikte feste institutionelle Formen zu geben, die es ermöglichen, zu verbindlichen und möglichst breit akzeptierten Regeln (Gesetze bzw. Verordnungen) zu gelangen, die der Staat als Träger des Monopols legitimer Gewaltanwendung innerhalb des nationalen Territoriums durchzusetzen hat.“⁴⁸

Selbst in Industrieländern gibt es immer wieder Diskussionen um die Vereinbarkeit von politischen Ämtern mit der Führung von oder Beteiligung an Unternehmen oder ähnlichen wirtschaftlichen Tätigkeiten. In der Dritten Welt wird das Profitieren der Eliten von dieser Vermischung von privaten und öffentlichen Angelegenheiten seit Jahren diskutiert und besonders von der Weltbank und vom Internationalen Währungsfonds als wesentlichstes Entwicklungshindernis angesehen. Die Strukturanpassungspolitik der beiden Finanzinstitutionen könne nur mithilfe des „guten Regierens“ (Good Governance) erfolgreich sein. Aber auch bei nahezu allen anderen Akteuren der Entwicklungs-

⁴⁸ Vgl. Hein, Wolfgang (1998) S. 94

politik ist seit Beginn der 1990er Jahre die Meinung vorherrschend, Korruption, Klientelismus, Rechtsunsicherheit und schlechte Strukturen der Bürokratie seien die Ursachen für Unterentwicklung und fehlenden Aufholprozess der sogenannten LLDCs (least developed countries).⁴⁹ „Korruption“ ist das Schlagwort, das hier nicht nur illegale Nebeneinkünfte sondern auch strukturbestimmende Elemente der Beziehung zwischen Ökonomie und Politik meint.⁵⁰ Korruption wird durch die sehr schlechte Bezahlung politischer Ämter in sehr vielen Ländern zur Haupteinkommensquelle, die den einzigen Anreiz zur Übernahme eines öffentlichen Amtes darstellt. Dazu kommt, dass politische und juristische Kontrollmechanismen⁵¹ weitgehend zu wenig ausgebildet sind um der so verlockenden Korruption wirksam entgegenwirken zu können. Allerdings schufen und schaffen auch die sicheren Anlagemöglichkeiten für Korruptionsgelder auf Nummernkonten der Schweiz, der Bahamas, der Cayman- und Jungferninseln die Möglichkeiten für „Kleptokraten“⁵² wie Mobuto (Zaire), Abacha (Nigeria), arap Moi (Kenya), Marcos (Philippinen) und Suharto (Indonesien). Erst seit wenigen Jahren gibt es vermehrt internationale Bemühungen zur Eindämmung von Korruption. So erstellte die Weltbank 1998 eine „schwarze Liste“, die Unternehmen auflistet, denen die Zahlung von Bestechungsgeldern nachgewiesen werden konnte,

⁴⁹ Vgl. Nuscheler, Franz (2004) S.405

⁵⁰ Vgl. Hein, Wolfgang (1998) S. 95

⁵¹ Vgl. Nuscheler, Franz (2004) S.413

⁵² Definition Kleptokratie: *„Die Kleptokratie ist gekennzeichnet durch einen in hohem Maße formal illegalen, aber von keiner gesellschaftlichen oder politischen Instanz sanktionierten oder sanktionierbaren Zugriff auf das gesellschaftliche Mehrprodukt durch Mitglieder der Staatsklasse als Privatbürger. Die private Aneignung von Surplus durch die korrupte Staatsklasse erfolgt teils durch schlichten Raub (Ressourcenplünderung), teils subtiler durch die Schröpfung des agrarischen und bergbaulichen Mehrproduktes und durch die Politik der Indigenisierung und Nationalisierung wichtiger Bereiche der Ökonomie.“* Hein, Wolfgang (1998) S. 95

und die als Konsequenz für einen bestimmten Zeitraum von Projekten, die von der Weltbank finanziert werden, ausgeschlossen sind.⁵³

4.4 Das Gewaltmonopol

Das Vorhandensein eines staatlichen Gewaltmonopols bedeutet zwischen legitimer und illegitimer Gewalt zu unterscheiden, und diesen Unterschied durchzusetzen.⁵⁴ Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, ist „Herrschaft des Rechts“, die Etablierung kollektiv verbindlicher Entscheidungen, möglich. Nur wenn das Recht auf Ausübung von Gewalt monopolisiert ist, ist die Pazifisierung einer Gesellschaft erreichbar. Laut Thomas Hobbes erfordert der Ausgang des Menschen aus dem Naturzustand, des Krieges aller gegen alle, die erzwungene oder freiwillige Unterwerfung jedes Einzelnen. Wenn jeder sein Recht über sich selbst zu herrschen abgibt, und sich somit dem Willen und dem Urteil eines bestimmten Menschen oder einer bestimmten Gesellschaft fügt, so *„werden alle einzelnen eine Person und heißen Staat oder Gemeinwesen.“*⁵⁵

Da der Staat erst durch das Gewaltmonopol entsteht, handelt es sich beim Ausdruck „staatliches Gewaltmonopol“ genau genommen um einen Pleonasmus. Denn wo kein Gewaltmonopol existiert, herrscht entweder eine andere Herrschaftsform oder Anarchie. Wenn hingegen eine Herrschaftsform die Gewalt monopolisiert, entsteht eben da-

⁵³ Vgl. Nuscheler, Franz (2004) S. 415

⁵⁴ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 28

⁵⁵ Hobbes, Thomas (1980/1651) S. 155

durch ein Staat.⁵⁶ Bevor es auf einem bestimmten Territorium ein Gewaltmonopol gab, konnten also durchaus mehrere Herrschaftsrechte gleichzeitig bestehen. Diese Herrschaftsrechte bezogen sich in diesem Fall nicht auf ein Gebiet, sondern auf unterschiedliche Personen oder Gegenstände. Sie mussten daher nicht notwendigerweise miteinander in Konflikt geraten. Zwischen ihnen herrschte aber keine Anarchie. Vielmehr gab es das Recht, sich erstens mit Gewalteinsatz zu verteidigen und zweitens sein Recht notfalls mit Gewalt durchzusetzen.⁵⁷

Weder Anfang noch Ende seines langwierigen Entstehungsprozesses kann eindeutig festgelegt werden. Sicher ist jedoch, dass die Gewalteskalation im Rahmen der konfessionellen Bürgerkriege im 16. Jahrhundert die Entwicklung des Gewaltmonopols deutlich beschleunigte. Nur die Entmachtung der zur Gewaltausübung Berechtigten konnte das enorme Ausmaß gesellschaftlicher Gewalt verringern. Unter diesen Umständen kam es auf den Territorien Kontinentaleuropas zur Gewaltkonzentration, während dies in England, wo die Glaubensspaltung nicht zum Bürgerkrieg geführt hatte, erst deutlich später geschah.⁵⁸ Herrschaft, verstanden als Geflecht institutionalisierter Machtbeziehungen, wurde somit erst durch Verregelung der Gewalt zu moderner Staatlichkeit.⁵⁹

⁵⁶ Vgl. Grimm, Dieter (2006) S.20

⁵⁷ Vgl. Grimm, Dieter (2006) S. 21/22.

⁵⁸ Vgl. Grimm, Dieter (2006) S. 22

⁵⁹ Vgl. Schlichte, Klaus (2005) S. 15

Definition „Moderne Staaten“: *„Moderne Staaten sind in jedem Lebensbereich ihrer Bürger präsent, sie haben die Gesellschaft durchstaatlicht. Zugleich hat sich ihnen über Recht und Öffentlichkeit eine Kontrolle der Herrschaft etabliert, also eine die Verstaatlichung der Gesellschaft komplementäre Vergesellschaftung des Staates ergeben. Das ist [...] außerhalb der „OECD-Welt“ in weitaus geringerem Umfang der Fall als in Nordamerika oder Westeuropa.“* Ebd. S. 13

Im Gegensatz zur englischen Sprache, wo Gewalt begrifflich eindeutig in „power“ und „violence“ getrennt werden kann, kann der Begriff im Deutschen sowohl im Sinne des Rechts über andere zu verfügen, als auch im Sinne von Gewalttätigkeit verwendet werden.⁶⁰ Die erste Bedeutung kommt vor allem in Wortverbindungen, wie öffentliche Gewalt, Staatsgewalt oder Amtsgewalt vor. Das Gewaltmonopol bezieht sich aber auf die zweite Bedeutung, die Anwendung physischer Gewalt. Bei vorhandenem Gewaltmonopol hat nur der Staat das Recht auf Gewaltanwendung. So setzt er Gewalt zum Beispiel in Form von Verhaftung oder Beschlagnahmung ein, um das Gemeinwohl gegenüber Privatinteressen zu verteidigen. Im Regelfall muss der Staat jedoch nicht zu Zwangsmitteln greifen, um Gesetze, Verfügungen oder Urteile umzusetzen, da öffentliche Gewalt, die im Sinne des Gemeinwohls handelt und genauen Regeln folgt, als legitim angesehen wird.⁶¹

4.5 Staatszerfall

Im Extremfall führt die Erosion des Gewaltmonopols zum Staatszerfall bzw. Staatskollaps. Die weitreichenden Konsequenzen sind dramatisch: Da der „Staat“ weder Rechtssicherheit noch Schutz bietet, kommt es zu einer Re-Privatisierung von Gewalt und die Folge sind Kriege zwischen Warlords, endgültiger Zusammenbruch der Wirtschaft, Hunger und Seuchen. Insbesondere in Subsahara-Afrika kann man in vielen Fällen nicht mehr von Staatlichkeit sprechen. Staatliche

⁶⁰ Vgl. Grimm, Dieter (2006) S. 18f.

⁶¹ Vgl. Grimm, Dieter (2006) S. 18f.

Strukturen existieren oft nur noch auf dem Papier und haben keine praktische Relevanz mehr.⁶² Das ist der Grund, warum heute 90 %⁶³ aller Kriege in der Dritten Welt stattfinden.

Aufgrund der Analyse empirischer Beispiele kommt Hannes Wimmer in Bezug auf den Staatskollaps zu folgenden Schlussfolgerungen⁶⁴:

1. Am Beginn steht die Militarisierung von Konflikten, gefolgt von der Auflösung der regulären Armee und der Herrschaft von Warlords. Im Zuge der Aufrüstung kommt es zur Politisierung des Militärs, die Kommandostrukturen lösen sich auf und die Kommandeure und Truppen werden zu Warlords von Milizen.
2. Die Gewalt eskaliert, und ein rechtloser Zustand tritt ein. Mord, Vergewaltigung, Zerstörung und Plünderung nehmen überhand, während Produktion und Handel zusammenbrechen.
3. Der erste Schritt zur Rekonstituierung der Staatlichkeit ist die Herstellung des Gewaltmonopols, was aber nur mit den dafür notwendigen Institutionen möglich ist.

4.6. Entwicklungsdiktatur oder -demokratie?

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/90 blieb nur eine Regierungsform mit universalem Geltungsanspruch, die liberale

⁶² Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 161

⁶³ Vgl. Purkarthofer, Petra (2004) S. 239

⁶⁴ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 233

Demokratie, bestehen. In den Jahren nach dem „*Ende der Geschichte*“⁶⁵ konnte eine weltweite Demokratisierungswelle, verbunden mit politischem Pluralismus und der Anerkennung der Menschenrechte, beobachtet werden. Leider erfüllten sich die Hoffnungen auf Stabilisierung der neuen Demokratien nicht. Im Angesicht von scheiternden Regierungen und zerfallenden Staaten flammte die Diskussion, ob das westliche System von Demokratie und Marktwirtschaft in allen Regionen der Welt ohne weiteres anwendbar wäre, wieder auf. In Staaten mit etablierten politischen Institutionen und einem funktionierendem Rechtssystem können Krisen aller Art bewältigt werden, ohne dass der Staat an sich zu zerfallen droht. Junge Demokratien hingegen müssen sich der Gefahr ausgesetzt sehen, bei ökonomischer und/oder entwicklungspolitischer Erfolglosigkeit von Putschen, meist von Seiten des Militärs gestürzt zu werden. Häufig kommt es nach erfolgreichen Putschversuchen rasch zu Gegenputschen von rivalisierenden Militärgruppierungen oder diskriminierten Bevölkerungsgruppen. Es gibt aber auch zahlreiche Beispiele für autoritäre Diktaturen die über lange Zeiträume an der Macht blieben. Gründe dafür sind einerseits die Berufung auf traditionelle Legitimationsformen, andererseits aber auch die zeitweilige Akzeptanz der „Entwicklungsdiktaturen“ durch den Westen.⁶⁶ Der Berliner Politologe Richard Löwenthal etwa meinte in einem Vortrag 1962:

„Jeder Grad an Freiheit wird mit etwas Verlangsamung der Entwicklung, jeder Grad an Beschleunigung mit etwas Ver-

⁶⁵ Francis Fukuyama, zit. nach: Nuscheler, Franz (2004) S. 421

⁶⁶ Vgl. Hein, Wolfgang (1998) S. 104

*lust an Freiheit bezahlt. Das ist in der Natur des Prozesses unvermeidlich.*⁶⁷

Auch Wissenschaftler aus den Vereinigten Staaten, wie Samuel Huntington, sahen in einem starken und stabilen System, das eben auch von einer Militärregierung in Form einer Entwicklungsdiktatur geführt werden kann, die Voraussetzung für „institution building“. Mit anderen Worten: Die Beschneidung der Menschenrechte, insbesondere politischer Beteiligungsrechte, wurde unter der Bedingung, dadurch die Grundbedürfnisse der breiten Bevölkerung besser befriedigen zu können, akzeptiert oder gar gefordert.

Mittlerweile ist Entwicklungshilfe aus dem Westen oft nicht nur an wirtschaftliche, sondern auch an politische Bedingungen gebunden.⁶⁸ Das Zusammenspiel von pluralistischer Demokratie und liberaler Marktwirtschaft wird weitgehend als entwicklungsförderlich oder sogar als die beste Basis für Entwicklung angesehen. Die Wirklichkeit zeigt aber besonders in jenen ost- und südostasiatischen Staaten, die bereits auf beträchtliche Entwicklungserfolge verweisen können, dass Demokratie auch die Folge von wirtschaftlicher Entwicklung sein kann. So waren Taiwan und Südkorea bis in die 1980er Jahre streng autoritär regiert. Das bis 1989 von Augusto Pinochet regierte Chile wiederum ist ein gutes Beispiel für die Verträglichkeit von Wirt-

⁶⁷ Vgl. Hein, Wolfgang (1998) S. 309

⁶⁸ Die Begründung des deutschen Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung dafür lautet z.B.: „Immer wieder hat sich gezeigt, daß Entwicklungszusammenarbeit nur dann erfolgreich sein kann, wenn die Entwicklungsländer entwicklungsförderliche wirtschaftliche, politische und soziale Rahmenbedingungen schaffen, die den Menschen Möglichkeiten bieten, ihre Fähigkeiten zu entfalten.“ Vgl. Hein, Wolfgang (1998) S. 301

schaftsliberalismus und autoritärer Diktatur. Heute sind Südkorea mit Platz 26 und Chile mit Platz 40 auf der wichtigsten Entwicklungs-rangliste, dem „Human development index“ (HDI), des United Nations Development Program (UNDP) weit oben, in der Kategorie „High hu-man development“, verzeichnet.⁶⁹

Die institutionalisierte Austragung von Interessenskonflikten, von po-litischen Macht- und Richtungswechseln, gilt als wichtigster Vorteil der Demokratie gegenüber anderen Systemen. Rainer Tetzlaff fasste die Ergebnisse einer Studie zu Demokratisierungsprozessen wie folgt zusammen:

„Vor allem aber böten Demokratien den Vorteil einer ge-waltfreien Lösung der vertrakten Nachfolgefrage, wegen der über die Gesellschaften der dritten Welt schon unendliches Leid gekommen sei. Die beinahe gesetzmäßige Unvermeid-barkeit des Mißbrauchs der Macht und der Korrumpierung der Macht in der Menschheitsgeschichte begründet nach un-serer Meinung eine der zwingendsten Rechtfertigungen des demokratischen Typs von Herrschaft.“⁷⁰

Des weiteren verfügt die Demokratie über bessere Möglichkeiten, systematische Selbstbereicherung durch Amtsmissbrauch zu verhin- dern und die Einkommensverteilung zugunsten der armen Bevölkerung, als Folge der politischen Beteiligung, zu verbessern. Der indische Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Amartya

⁶⁹ Vgl. UNDP (2008)

⁷⁰ Rainer Tetzlaff, zit. nach: Hein, Wolfgang (1998) S. 311

Sen, sieht in der Demokratisierung die Schaffung eines Schutzsystems für benachteiligte Bevölkerungsgruppen und eines Anreizsystems für die Verantwortlichkeit der Regierenden. Er schreibt ihr somit eine „entwicklungspolitische Hebefunktion“ zu.⁷¹ Der Aussage, arme Länder könnten sich Demokratie nicht leisten, können Gegenbeispiele wie Mali und Botswana entgegengesetzt werden.

„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – mit Ausnahme all derjenigen, mit denen man es schon versucht hat.“⁷²

Winston Churchills Formulierung fasst, ihrer Zeit voraus, sehr prägnant den Diskurs zum Thema des idealen Entwicklungsregulativs zusammen. Denn mit Ausnahme fundamentalistischer Gruppierungen werden der demokratische Rechtsstaat⁷³ und die marktwirtschaftliche Ordnung weltweit als Grundpfeiler von nachholender Entwicklung und Industrialisierung anerkannt. Die Alternativmodelle Sozialismus, Ektatismus und Entwicklungsdiktatur haben sich in der Vergangenheit als instabil erwiesen und sind mittlerweile wissenschaftlich nicht mehr überzeugend.⁷⁴ Eine weitere Lehre der Vergangenheit sollte sein, dass Demokratie nicht nur das Ergebnis wirtschaftlicher Entwicklung, wie in den bereits erwähnten Beispielen Taiwan, Südkorea und Chile sein kann, sondern auch ihr Ausgangspunkt, wenn sie nämlich entwick-

⁷¹ Vgl. Nuscheler, Franz (2004) S.423

⁷² Winston Churchill, zit. nach: Vgl. Tetzlaff, Rainer (1992) S. 5

⁷³ Anm.: Dem Ziel des „demokratischen Rechtsstaat“ sind auch die Menschenrechte, Gewaltenteilung und die Etablierung einer Zivilgesellschaft zuzuordnen. Vgl. Tetzlaff (1995) S. 84

⁷⁴ Vgl. Tetzlaff, Rainer (1995)

lungshemmende autoritäre Regime⁷⁵ ablöst. Dieser Vorgang scheint geradezu in der Natur der Sache zu liegen, denn Entwicklungsdiktaturen waren in vielen Fällen dazu gezwungen, den Beteiligungsforderungen an politischen Entscheidungen⁷⁶ schrittweise nachzugeben, um international wettbewerbsfähig zu bleiben.

4.7 Konsolidierung der Demokratie

Demokratie ist also sicher nicht nur entwickelten Industrieländern vorbehalten, auch wenn wirtschaftlicher Erfolg, eine eigenständige Zivilgesellschaft und ein funktionierendes Rechtssystem sie begünstigen. Die tatsächliche Voraussetzung für Demokratie ist eine Gesellschaft, in der der Umlauf von Waren, Kapital und Arbeitskräften den Marktgesetzen und nicht klientelistischen und korrupten Netzwerken unterworfen ist. Gerade in unterentwickelten Ländern muss der Staat aktiv, mithilfe von Maßnahmen der Umverteilung⁷⁷, eingreifen, um ein soziales Gleichgewicht zu schaffen. Industrialisierung, beziehungsweise die Entwicklung in Richtung einer modernen industriebasierten Dienstleistungsgesellschaft, fördert durch die verstärkte Selbstorganisation der Arbeiterschaft die Herausbildung einer breiten Mittelschicht, und damit eine wichtige Stütze der Demokratie. In den Demokratisierungswellen seit dem Zweiten Weltkrieg wurde außerdem deutlich, dass sich bereits weitgehend entwickelte Länder meist für parlamentarische und nicht für präsidentielle Demokratien

⁷⁵ Anm.: Zum Beispiel: Südafrika, Benin, Nikaragua, Guatemala. Vgl. Tetzlaff (1995)

⁷⁶ Anm.: Diese Forderungen kamen meist von gebildeten urbanen Mittelschichten.

⁷⁷ Anm.: Insbesondere Agrarreformen.

entschieden,⁷⁸ weil ihre Gesellschaften bereits sehr differenziert waren, und die verschiedenen Gruppen ihre Interessen in parlamentarischen Systemen besser vertreten sahen. In den weniger entwickelten Ländern der ehemaligen „Zweiten Welt“, aber auch Lateinamerikas und Asiens wurden präsidentielle Systeme, die als unflexibler und instabiler gelten⁷⁹, eingesetzt.

Laut Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle hängt der Erfolg der demokratischen Institutionalisierung von folgenden Faktoren ab:⁸⁰

1. Erste Wahlen:

Wichtig ist, wer wann die ersten freien Wahlen (founding elections) ankündigt, wann sie tatsächlich stattfinden, wie *inclusive*, fair und kompetitiv sie sind, und welches Ergebnis sie haben. Sie können durch das alte Regime, eine Übergangsregierung oder eine revolutionäre Junta, die ein anderes Regime gestürzt hat und jetzt bereit ist die Macht wieder abzugeben, ausgerufen werden. Es ist außerdem sinnvoll, alle demokratischen, und bei paktierten Systemwechseln auch die Vertreter des alten Regimes zu den Wahlen antreten zu lassen, um Konflikte zu vermeiden und die Legitimität des Wahlsiegers zu erhöhen.

2. Art und Weise der Verfassungsgebung:

Der Prozess der Verfassungsgebung ist primär von der Art und Dauer des abgelösten Regimes abhängig. So kann man z.B. wenn, wie in

⁷⁸ Anm.: Deutschland, Italien und Österreich nach 1945; Spanien, Portugal und Griechenland nach 1974; Ungarn und Tschechien nach 1989.

⁷⁹ Nachzulesen z.B. in: Linz, Juan / Valenzuela, Arturo (Hg.) (1994)

⁸⁰ Vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen (1999) S. 118 ff.

Griechenland, eine ältere demokratische Verfassung existiert, die außer Kraft gesetzt wurde, auf diese zurückgreifen, oder das frei gewählte Parlament bzw. eine verfassungsgebende Versammlung muss eine neue Verfassung verabschieden. Weiters ist zu entscheiden, ob die Verfassung in einem Referendum ratifiziert werden soll, wie es etwa in Spanien und Portugal geschehen ist.

3. Personelle Altlasten

Entscheidend ist auch der Abbau von Einflussmöglichkeiten und Sonderrechten der Vertreter des alten Regimes. Insbesondere in den lateinamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien und Chile hat sich diese Entmachtung als weitaus schwieriger als etwa in Süd- und Osteuropa erwiesen. In Brasilien und Chile hatten die Militärs sogar bis ans Ende des Systemwechsels Vetomacht.

4. Breite der Zustimmung

Konsens in der demokratischen Neuordnung stärkt die Demokratie und erhöht die Wahrscheinlichkeit, im Gegensatz zu einem einseitigen Mehrheitsbeschluss, dass später Konflikte auf demokratischer Basis ausgetragen werden.

Die Implementation demokratischer Strukturen, zu denen neben den erwähnten Elementen auch Parteien, Verbände und Medien gehören, ist aber erst die Voraussetzung demokratischer Konsolidierung. Von Konsolidierung kann man erst sprechen, wenn die wichtigsten Akteure (Präsident, Parlament, Parteien, Militär, Medien usw.) die Verfassung und den Rechtsstaat akzeptieren und dementsprechend handeln. Dieses Zusammenspiel von Systemstrukturen und Eliten-

handeln ist laut Wolfgang Merkel und Hans-Jürgen Puhle die Grundlage für Legitimität, die sie wie folgt definieren:

„Legitimität ist [demnach] der Glaube, dass die etablierten demokratischen Institutionen und Verfahren besser sind als jede andere Systemalternative. Mit welchen Defekten ein solches System auch behaftet sein mag, es ist legitim, wenn es in der Wahrnehmung der Herrschaftsunterworfenen die am wenigsten schlechte Herrschaftsform darstellt.“⁸¹

Der Erfolg demokratischer Systemwechsel definiert sich über deren Konsolidierung. Fehlt die nötige Unterstützung seitens der Elite⁸², oder der Bevölkerung⁸³, so werden in vielen Fällen die ökonomischen, sozialen und politischen Leistungen des Systems als negativ oder unzureichend wahrgenommen. Bei einem nicht erfolgreichen Systemwechsel reicht die Palette der möglichen Konsequenzen von nur teilweise konsolidierten Systemen über defekte Demokratien und „sanften Autoritarismus“ bis hin zur offenen autokratischen Ordnung.⁸⁴

⁸¹ Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen (1999) S. 176

⁸² Anm.: Sei es die politische, wirtschaftliche, soziale etc. Elite

⁸³ Anm.: Weil z.B. die Verfassung als ungerecht angesehen wird, oder Teile der Bevölkerung ihre Interessen nicht vertreten sehen.

⁸⁴ Vgl. Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen (1999) S. 182

4.8 Neopatrimonialismus

Ein im Zusammenhang mit Entwicklungsländern besonders häufiges auch im Bezug auf Entwicklung relevantes Phänomen ist die Herausbildung neopatrimonialer Systeme. Insbesondere in vielen afrikanischen Ländern südlich der Sahara konnten sich diese nach Erlangung der Unabhängigkeit aufgrund ähnlicher Voraussetzungen etablieren. Der Begriff des Neopatrimonialismus orientiert sich an der in Max Webers *Herrschaftssoziologie* beschriebenen „traditionellen Herrschaft“, bzw. „patrimonialen Verwaltung“. Diese Herrschaftsformen gründen sich ursprünglich, laut Max Weber, auf Großgrundbesitz und den Anspruch auf Herrschaftsrechte über Land und Leute. Zu ihren Merkmalen gehört die Rekrutierung von Beamten aus dem persönlichen Umfeld des Herrschers (um sich ihres Gehorsams sicher sein zu können), die fehlende Unterscheidung zwischen öffentlich und privat, die Bezahlung der Beamten in Form von Amts-Pfründen und die unmittelbar folgende persönliche Aneignung von Ämtern. Als zentraler Figur solcher Systeme ist „[...]die rein persönliche Befähigung des Herrn, seinen Willen zur Geltung zu bringen, absolut entscheidend [...]“.⁸⁵

Von der Konkurrenz um Staatsämter geprägter Neopatrimonialismus bedeutet für „AmtsinhaberInnen“ auf Unterstützung angewiesen zu sein. Die daraus resultierende Notwendigkeit Ämter nicht nur zum eigenen Vorteil zu nutzen, sondern eben jene UnterstützerInnen zu belohnen, führt zur Herausbildung klientelistischer Abhängigkeitsverhältnisse. In Hannes Wimmers Theorie des Neopatrimonialismus ist

⁸⁵ Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*; zit. nach: Wimmer, Hannes (2000)S. 120

jener durch drei Merkmale definiert: 1. „personal Rule“, 2. klientelistische Politik und 3. endemisch gewordene Korruption.⁸⁶ Unter „personal Rule“ wird hierbei eine hochpersonalisierte, autokratische Herrschaft verstanden, die oft von Persönlichkeitskult begleitet ist. Der Personalisierung der Politik macht die Entscheidungsfindung zum alleinigen Vorrecht des Herrschers und der Einfluss bestehender formaler Institutionen wird ausgehöhlt und durch ein Netzwerk persönlicher Beziehungen ersetzt. So könne im schlimmsten Fall ein ganzes Land von einem Herrscher terrorisiert werden. Als Beispiele dafür führt Hannes Wimmer unter anderem die ugandischen Staatschefs Idi Amin und Milton Obote an. Der zweite Punkt, politischer Klientelismus, ist die Folgewirkung dieser Personalisierung. Alle wichtigen Staatsämter werden einzig im Hinblick auf Loyalität gegenüber dem Herrscher vergeben, und diese Struktur setzt sich in der Hierarchie nach unten genau so fort. Ebenso ist Korruption, die schon in Kapitel 4.3 als Merkmal schwacher Staatlichkeit identifiziert wurde, die Konsequenz aus der fehlenden Unterscheidung zwischen öffentlicher und privater Sphäre. Als „endemisch“ bezeichnet Hannes Wimmer beispielsweise die Korruption in vielen afrikanischen Staaten im Gegensatz zur Korruption in westlichen Ländern deshalb, weil der Begriff hier das Verhalten eines politischen Systems und nicht jenes einzelner Personen meint. Ämter werden demnach bereits mit der Lizenz zur Selbstbereicherung vergeben.

Zur Erklärung der Existenz neopatrimonialer Systeme gehört das in Kapitel 4.4 beschriebene Problem des fehlenden Gewaltmonopols. In Kombination mit vorhandenen informellen Machtgefügen und dem

⁸⁶ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 117 f.

Schutzbedürfnis der Bevölkerung ist es „*der wichtigste Nährboden für den Klientelismus*“.⁸⁷ Vorstellbar ist dieses System nur, wenn berücksichtigt wird, dass gesellschaftliche Stratifikation entlang der Machtpositionen im Staatsapparat verläuft. Ein weiteres Stichwort diesem Zusammenhang lautet „Rentseeking“. Das nicht unbedingt gesetzeswidrige Ausnutzen des Staates zur Selbstbereicherung verhindert in vielen Fällen konstantes wirtschaftliches Wachstum, und damit Entwicklung.

Ein sehr häufiges Merkmal neopatrimonialer Regime ist die Organisation in Form von Einparteienregimes.⁸⁸ Auch das in dieser Arbeit behandelte Uganda wurde, wie so viele andere afrikanische Länder, bereits kurz nach der Unabhängigkeit nur von einer einzigen Partei beherrscht. Die Begründung dafür lautete, wie wir sehen werden, dass verschiedene Parteien sich entlang ethnischer und religiöser Cleavages bilden, und so das Land aufspalten würden. Das Konzept des Neopatrimonialismus ist daher zum Verständnis der politischen Geschichte und Gegenwart Ugandas hilfreich.

⁸⁷ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 153

⁸⁸ Vgl. Wimmer, Hannes (2000) S. 137 f.

5. Ugandas Geschichte der Demokratie

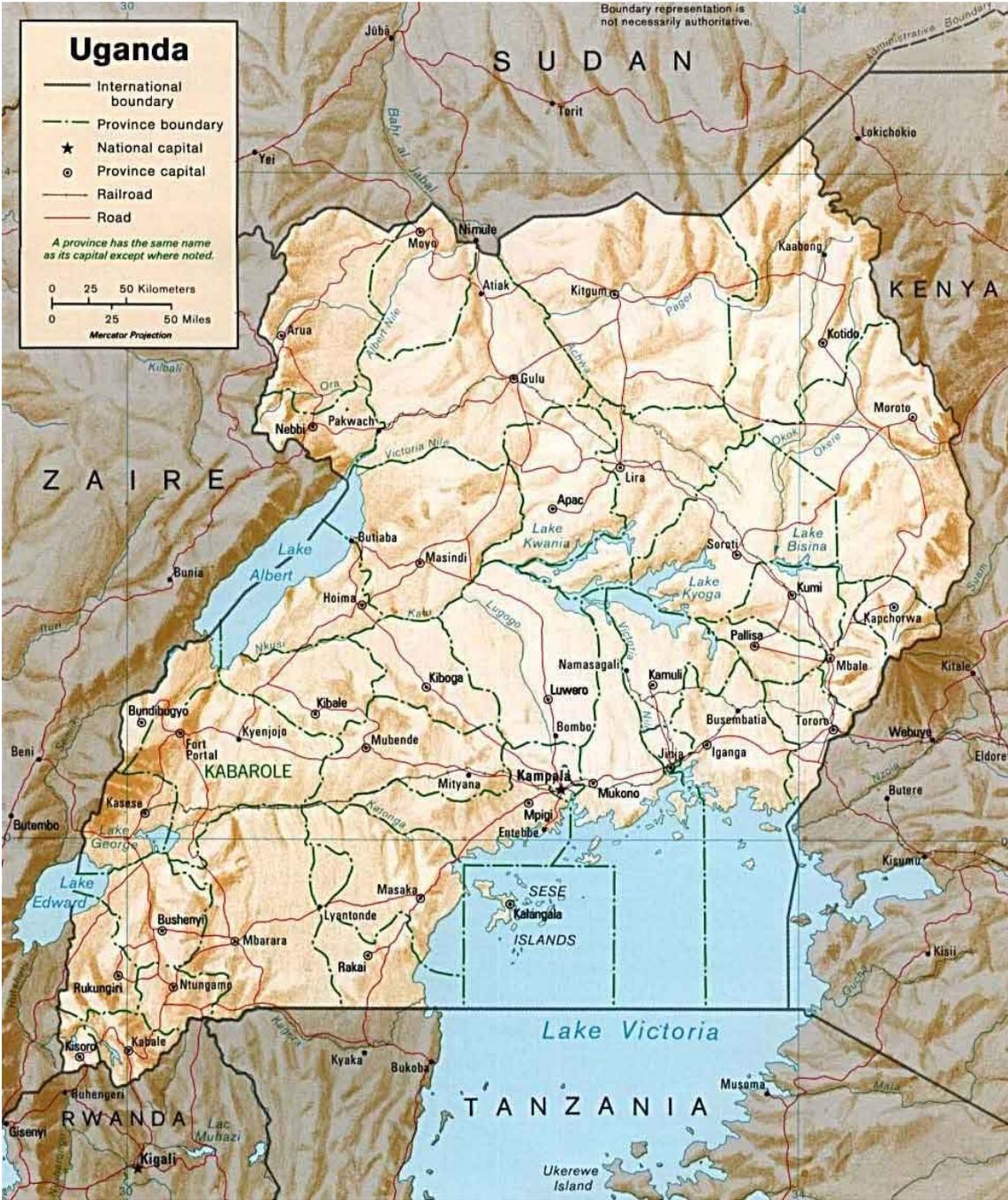


Abbildung 1

5.1 Zeittafel

1894	Uganda wird britisches Protektorat
1952	Mit dem Uganda National Congress (UNC) wird die erste Unabhängigkeitspartei gegründet
1962	Unabhängigkeit
1962 – 1971	Milton Obote regiert erst als Ministerpräsident, dann als Präsident
1971 – 1979	Idi Amin wird nach einem Putsch neuer Staatschef
1979	Yusuf Lule wird nach dem Sturz Amins neuer Präsident
1979 – 1980	Godfrey Binaisa übernimmt das Präsidentenamt
1980 – 1985	zweite Regierung Milton Obotes
1982	Gründung der NRA
1985 – 1986	Tito Okello löst Binaisa als Präsident ab
1986	Nachdem die NRA Kampala eingenommen hat, wird Yoweri Museveni Präsident.

5.2 Landesüberblick

Uganda ist ein Binnenland in Ostafrika. Es liegt auf einem Hochbecken zwischen dem zentral- und ostafrikanischen Graben mit einer durchschnittlichen Höhenlage von 1000 bis 1300 Meter über dem Meeresspiegel. Das Zentrum des Landes ist das flache Tiefland am Viktoriasee, wo auch der Nil entspringt.⁸⁹ Die Nachbarländer sind der Sudan im Norden, Kenia im Osten, Tansania und Ruanda im Süden,

⁸⁹ Vgl. Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklung (ÖFSE) (2006)

und Zaire im Westen. Ein großer Teil der Grenze im Süden verläuft über den Viktoriasee. Sowohl die Bevölkerung mit etwa 28 Millionen Menschen, als auch die Fläche mit ca. 241.000 km² entsprechen ungefähr der dreifachen Größe der Werte Österreichs.

Die Lage am Äquator und das tropische Klima schaffen gute Voraussetzungen für die Landwirtschaft. Die landwirtschaftlich nutzbaren Böden gehören zum Teil zu den produktivsten der Welt. Abgesehen vom trockenen Nordosten des Landes, wo extensive Landwirtschaft sowie halb-nomadische Viehzucht betrieben wird⁹⁰, sind die Voraussetzungen für die Nahrungsmittelproduktion denkbar gut. Insbesondere in der Region am Viktoriasee und bei den Mabira-Wäldern gedeihen Kaffee, Tee, Baumwolle, Bananen und Erdnüsse. Neben der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, die die wirtschaftliche Basis des Landes darstellt, ist der Fischfang ein wichtiger Wirtschaftssektor und Nahrungslieferant. In den Seen und Flüssen Ugandas gibt es fast 200 Fischarten. Anfang der 1990er Jahre lebten allein am Viktoriasee mehr als 9000 UganderInnen vom Fischfang. Der Ertrag wird gegenwärtig aber durch die Verschmutzung der Flüsse durch den Abfall von Kupferminen und durch illegales Fischen⁹¹ gemindert. Es gibt außerdem Konflikte mit kenianischen Fischern, die für den kleinen Anteil Kenias am Viktoriasee (Kenia: 5 %, Uganda: 40 %) zuviel Fischerei betreiben.⁹²

⁹⁰ Nohlen, Dieter (Hg.) (2002) S. 819

⁹¹ Illegales Fischen bedeutet vor allem „*explosive fishing*“ und das Fischen von Jungtieren. Vgl. Ofcansky (1996)

⁹² Vgl. Ofcansky, Thomas P. (1996) Kapitel 1

Der Wasserreichtum Ugandas sorgt auch für ein großes Potential an Wasserkraftenergie. Demgegenüber stehen nur wenige mineralische Ressourcen: Es gibt zwar Kupfer-, Zinn-, Beryllium- und Goldvorkommen, ihr Abbau wird für die Exportwirtschaft des Landes aber nur langsam bedeutsamer. Dasselbe gilt für Erdölvorkommen, die erst vor wenigen Jahren im Albert-See entdeckt wurden.

5.3 Landesgeschichte

Das vorkoloniale Uganda war kein politisch einheitliches System: Im für die Landwirtschaft gut geeigneten Süden des Landes etablierten sich fünf traditionelle Königreiche⁹³, während die Bevölkerung im Norden aufgrund schlechterer ökologischer Voraussetzungen in kleineren nomadischen Gruppen organisiert war. Nord und Süd unterschieden sich auch in sprachlicher Hinsicht, da im Norden nilotische und im Süden Bantu-Sprachen vorherrschten.⁹⁴ Die Führungsrolle unter den Herrschaftsgebieten nahm das Königreich Buganda ein, das sowohl politisch als auch flächenmäßig Uganda dominierte. Die zentrale Autorität, der *Kabaka* (König), bediente sich zur Machtausübung ausgeprägter klientelistischer Strukturen. Macht und Dauer der Funktion von *chiefs* (lokalen Machthabern und Amtsträgern) war einzig und allein von der Gunst des Kabaka abhängig. Buganda kam durch Handelsmonopolisierung, hier ist insbesondere das Elfenbein zu nennen, aber auch durch organisierte Raubzüge zu Reichtum und einer politischen Vormachtstellung.

⁹³ Buganda, Bunyoro, Toro, Ankole und Busoga

⁹⁴ Vgl. Ofcansky, Thomas P. (1996) S. 13

Diese privilegierte Position konnte Buganda während der Kolonialzeit (1894-1962) unter britischer Herrschaft noch ausweiten und nahm einen semiföderalen Status ein.⁹⁵ Das autokratische, anti-demokratische Kolonialsystem bediente sich der vorhandenen Machtstrukturen und nutzte gezielt bestehende Konfliktlinien für seine Zwecke aus. Wirtschaftlich wurde Uganda auf den Export von Tee und Kaffee ausgerichtet. Die Infrastruktur des Landes wurde massiv ausgebaut, dazu gehörte auch das Eisenbahnnetz. Es bedurfte dazu vieler Arbeitskräfte. Zu diesem Zweck wurde eine große Anzahl Asiaten, vor allem Inder, ins Land geholt, was die Gesellschaft nachhaltig prägte.⁹⁶ Das Haupterbe der Kolonialzeit war sicherlich die englische Sprache, die heute Amtssprache Ugandas ist, das Christentum und das anti-demokratische politische System, das das Land noch lange prägen sollte.⁹⁷

Mit der Erreichung der Unabhängigkeit im Jahr 1962 wurde in Uganda zunächst eine parlamentarische Demokratie gegründet. Milton Obote war ihr erster Ministerpräsident. Obwohl er versprochen hatte, in dieser Funktion den Lebensstandard der breiten Bevölkerung zu heben, wurden die unteren Einkommensschichten (Arbeiter, Kleinbauern) in der Politik seiner ersten Amtszeit (1962-1971) weitgehend ignoriert. Die 1960er Jahre waren vielmehr durch einen Kampf der Eliten um die Macht im Staat geprägt, wobei Gewalt zunehmend zum Mittel der Politik wurde. Es kam zu einem Machtkampf zwischen Bugandas neo-traditionalistischer Elite einerseits und der Regierungspartei UPC

⁹⁵ Vgl. Schicho, Walter (2004) S. 288

⁹⁶ Vgl. Schicho, Walter (2004)

⁹⁷ Vgl. Prunier, Gérard / Calas, Bernard (Hg.) (1994) S. 86

(Uganda People's Congress), die vom Kleinbürgertum unterstützt wurde, andererseits. Ausschlaggebend für den Sieg Obotes in diesem Konflikt war letztendlich wohl die Allianz mit dem Militär des Landes unter Oberst Idi Amin. Mit seiner Hilfe gelang es Obote, einen Einparteienstaat zu errichten und seine Macht stetig zu festigen. Für Milton Obote war damals offensichtlich noch nicht absehbar, dass der nächste Machtkampf jener gegen das Militär sein würde. Die von Obote gegründete Sicherheitspolizei GSU (Generals Service Unit) übernahm zunehmend die bis dahin der Armee zugekommene Aufgabe der Terrorisierung politischer Gegner und versuchte die Armee unter Kontrolle zu halten. Unterstützt von ausländischen Mächten und dem konservativen Flügel des UPC putschte Idi Amin im Jänner 1971 und machte sich unter dem Jubel der Bevölkerung, insbesondere der Baganda, zum Diktator Ugandas.⁹⁸ Die Bilanz seiner von Lynchjustiz geprägten achtjährigen Herrschaft (1971-1979): 500.000 Tote, wirtschaftliches Chaos und politische Isolation.⁹⁹

1979 gelang einer Allianz aus Exil-UganderInnen und tansanischen Truppen die Eroberung Ugandas, wodurch Idi Amin ins Exil vertrieben wurde. Nach einer kurzen Übergangsregierung¹⁰⁰ erfolgt schon 1980 der nächste Putsch. Die Militärkommission der UNLF (Uganda National Liberation Front) kam an die Macht und führte die ersten freien Wahlen seit der Unabhängigkeit durch. Als Sieger aus der Präsident-

⁹⁸ „Die Baganda freuten sich und applaudierten dem Wechsel, nicht weil sie Amin mochten, sondern weil sie Obote hassten. Es war eher ein Votum gegen Obote als eines für Amin. Gewalt war die einzige noch mögliche Form, die Regierung zu wechseln [...]“ Kasozi, Abdu B.K. (1994): *The social origins of violence in Uganda, 1964-1985*. McGill-Queen's Press University Press. Montreal. zit. nach: Schicho, Walter (2004) S. 299

⁹⁹ Vgl. Nohlen, Dieter (Hg.) (2002) S. 820 f.

¹⁰⁰ Ministerpräsident war Y. Lule vom UNLF

schaftswahl ging der zurückgekehrte Milton Obote hervor, ihm wurde jedoch Wahlmanipulation vorgeworfen. In dieser zweiten Amtszeit von Obote (1980-1985) bildeten sich daraufhin verschiedene Guerillagruppen, die die Konsolidierung seiner Herrschaft verhinderten. Nach jahrelangen Kämpfen und Massakern, die mindestens 300.000 Todesopfer forderten, kam nach einer neuerlichen kurzen Übergangsregierung¹⁰¹ schließlich Yoweri Museveni, der Anführer der NRA (National Resistance Army), an die Macht. Ihm gelang es, mit den meisten anderen Guerillagruppen Friedensverträge auszuhandeln. Eine Ausnahme ist die religiös motivierte LRA (Lord Resistance Army), die seither mit sudanesischer Unterstützung im Norden des Landes Frieden verhindert.¹⁰²

5.4 Der Demokratisierungsprozess bis 1986

Um die demokratiepolitischen Leistungen des NRM beurteilen zu können, ist es wichtig zu wissen, worauf die Bewegung aufbauen konnte. Daher werden im folgenden demokratische Ansätze und Strukturen, die vor der Machtergreifung Yoweri Musevenis 1986 geschaffen wurden, kurz zusammengefasst. Dabei unterscheide ich drei Phasen: Die vorkoloniale Zeit (Kap. 5.4.1), die Kolonialzeit (Kap. 5.4.2) und zuletzt die „Zeit der Diktaturen“ (Kap. 5.4.3), die zwar auch kurze demokratische Unterbrechungen aufweist, aber doch eindeutig von den autoritären Herrschern Milton Obote und Idi Amin geprägt ist.

¹⁰¹ Der zum Präsidenten ernannte General Okello kann den Bürgerkrieg nicht beenden und ist nur wenige Monate im Amt.

¹⁰² Vgl. Nohlen, Dieter (Hg.) (2002), S. 821

5.4.1 Demokratie in vorkolonialer Zeit?

„[...] all members of the community sat under a tree and discussed all matters of common interest until they reached a consensus.“¹⁰³

Die Worte von Julius Nyerere beschreiben die Vorstellung demokratischer und egalitärer Entscheidungsmechanismen in Afrika in vorkolonialer Zeit. Die historische Wirklichkeit sieht zumindest in Uganda anders aus. Der moderne Staat Uganda wurde aus einer Vielzahl von zentralisierten Königreichen und Fürstentümern und aus dezentralen „age-set“-Systemen zusammengesetzt. All diese Gesellschaften unterschieden sich in ihrem Aufbau und in ihrer Komplexität. Sie hatten jedoch alle gemeinsam, dass ihr Kern jeweils die patriarchale Großfamilie war, in der die Entscheidungen des Familienoberhauptes unhinterfragbar waren, und dass Clans die Hauptbezugsgröße in sozialer und politischer Hinsicht waren. Da es weder die Möglichkeit gab, politische Repräsentanten zu wählen und abzuwählen, noch ein Wettbewerb verschiedener politischer Programme stattfand, folgert Justus Mugaju:

„In the case of pre-colonial Uganda, none of the political systems could be described as democratic by any stretch of the imagination.“¹⁰⁴

¹⁰³ Joseph Nyerere zit. nach: Mugaju, Justus (2000), S. 9. . Anm.: Das Bild, das er zeichnet, wurde unter anderem im Uganda der 1960er Jahre als Argument gegen ein Mehrparteien- und für ein Einparteiensystem verwendet. Vgl. ebd.

¹⁰⁴ Mugaju, Justus (2000) S. 10

Die vorkolonialen Systeme im heutigen Uganda reichten seiner Beschreibung nach vom zentralisierten Despotismus bis zur Gerontokratie.¹⁰⁵ Die Königreiche glichen meist absoluten Herrschaften, in denen der König Legislative, Exekutive und Judikative verkörperte und die Nachfolgefrage nur selten unblutig gelöst werden konnte. Auch die Räte der „weisen Alten“ in dezentralen Gesellschaften wurden nicht gewählt, das Alter war wichtiger als die Befähigung für ein Amt. Obwohl grundsätzlich das Konsensprinzip Anwendung fand, hatten doch einzelne aufgrund von Reichtum oder „magischen Fähigkeiten“ mehr Einfluss als andere. Sitten, Traditionen, Aberglauben und Mystizismus prägten viel eher die Entscheidungsfindung als demokratische Prinzipien.¹⁰⁶

5.4.2 Demokratische Bewegungen im Kolonialismus

Obwohl Großbritannien Ende des 19. Jahrhunderts bei der Kolonisierung Ugandas selbst eine parlamentarische Demokratie war, unterdrückte es bis zur Dekolonisierung 1962 jedwede demokratische Freiheit. Jedes Auflehnen gegen den kolonialen Autoritarismus wurde entweder als unverantwortliche Agitation, oder als kommunistischer Interventionsversuch gedeutet. Das Kolonialsystem manipulierte die Justiz zu seinen Gunsten soweit es möglich war und verhaftete ansonsten politische Gegner ohne Gerichtsverfahren. Die „indirekte

¹⁰⁵ „Gerontokratie: Bezeichnung für eine Herrschaftsform (v.a. Früher Gesellschaften), bei der die Macht in den Händen der „weisen Alten“ (griech. *Gérontes*) liegt.“ Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (2002) S. 271

¹⁰⁶ Vgl. Mugaju, Justus (2000) S. 8 f.

Herrschaft“ der Briten, also die Herrschaftsausübung über afrikanische Mittelsleute, die mit lukrativen Ämtern und Land belohnt wurden, nutzte gezielt bestehende klientelistische Strukturen zum eigenen Vorteil aus. Sie ersparte den Kolonialherren auf diese Weise große Summen an Personalkosten. So wurde Uganda über ein hierarchisches System verwaltet, an dem die Bevölkerung nicht partizipieren konnte, und in dem sie auch nicht repräsentiert wurde.

Die einzige Ausnahme bildete das LEGCO (Legislative Council), dessen Implementation 1921 allerdings nicht als Schritt in Richtung Demokratie gedeutet werden kann. Die Mitglieder dieses „Legislativrates“ wurden nicht gewählt, sondern vom britischen Gouverneur eingesetzt. Sie hatten nur eine beratende Funktion und obwohl sie in ihrer Zusammensetzung ethnische Gruppen des Landes repräsentieren sollten, war kein einziger Afrikaner unter ihnen. Die meisten Mitglieder waren Europäer, einige wenige Asiaten. Ein oder zwei Europäer sollten die Interessen der afrikanischen Bevölkerung vertreten. Vor 1945 gab es keine politischen Parteien und nur wenige Interessenvertretungen, die sich aber eher mit berufsspezifischen Missständen, als mit Forderungen nach Demokratie beschäftigten.¹⁰⁷

Erst nach dem Zweiten Weltkrieg machte die britische Kolonialregierung den Forderungen nach afrikanischer Partizipation und Repräsentation langsam Zugeständnisse. Als die Dekolonisierung Afrikas langsam aber sicher Gewissheit wurde, begann man zögerlich einen graduellen Prozess der Demokratisierung einzuleiten. 1945

¹⁰⁷ Vgl. Mugaju, Justus (2000) S. 14

wurde erstmals ein Afrikaner Mitglied es LEGCO und 1954 bekleideten erstmals Afrikaner ein Ministeramt. Im Jahr 1949 wurden mit der „Local Government Ordinance“ sogenannte „district councils“ geschaffen, deren Mitglieder allerdings zum ersten Mal erst 1958, nur vier Jahre vor der Unabhängigkeit, gewählt wurden. Die „district councils“ sollten den UganderInnen die Werte der Demokratie nahebringen und gleichzeitig eine Art Trainingslager für die zukünftige afrikanische politische Elite sein. „*Too little and too late*“ muss das Résumé lauten, wenn das Ziel war, dauerhafte demokratische Institutionen zu schaffen, und politische Führungspersonlichkeiten auszubilden, um eine parlamentarische Demokratie nach der Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten.¹⁰⁸

5.4.3 Demokratiebestrebungen in der Zeit der Diktaturen

In den Jahren 1961 und 1962 fanden Wahlen statt, die die ersten beiden eigenen Regierungen Ugandas hervorbrachten. Sie können nicht als frei und fair bezeichnet werden, dennoch zeigte sich die Bevölkerung Ugandas von den Partizipationsmöglichkeiten begeistert. Dass danach bis in das Jahr 1980 keine weiteren Wahlen stattfanden, kann nicht der Bevölkerung, sondern den Machthabern, allen voran Milton Obote und Idi Amin, angelastet werden. Der UPC unter Obote, die ab 1962 in Koalition mit der Kabaka Yekka die Regierung stellte, kann aufgrund seiner inneren Struktur und seiner autoritären Praxis nur als Anti-Demokratie-Instrument bezeichnet werden. Im Machtkampf zwi-

¹⁰⁸ Vgl. Mugaju, Justus (2000) S. 14 und S. 15

schen Buganda und dem Rest des Landes schlug sich Milton Obote auf die Seite der Kaufleute, Großbauern und Beamten, und versuchte den *Kabaka* und die neotraditionalistische Oberschicht des Landes zu entmachten. Seine Regierungspartei UPC hatte bei der Wahl im Frühjahr 1962 im ganzen Land, mit Ausnahme Bugandas, die Wahl mit großer Mehrheit gewonnen. Der UPC war nie eine Massenpartei. Er stützte sich nur auf einflussreiche Personen, die ihre Klientelen zur Erreichung persönlicher Ziele nutzten. So konnte die Partei nicht für Stabilität sorgen. Das klare Ziel Milton Obotes war die Errichtung eines Einparteienstaates. Spätestens ab 1966/67 kann man von einer faschistischen Herrschaft sprechen, da die Unabhängigkeitsverfassung abgeschafft und ersetzt, und alle gewählten „heads of districts“ abgesetzt wurden. Anstatt Wahlen abzuhalten, verlängerte man die Regierungsperiode ohne jede Legitimation um weitere fünf Jahre. So wurden in den Jahren von 1962 bis 1971 alle mit der Unabhängigkeit verbundenen Hoffnungen durch die staatlich gelenkte Gewalt eines Polizeistaates zerstört.¹⁰⁹ Diese Zeit bezeichnet Tarsis Kabwegyere als idealen Nährboden für die folgende faschistische Herrschaft Idi Amins¹¹⁰, in der in keiner Weise mehr von Demokratie gesprochen werden kann. Intellektuelle flüchteten aus dem Land, die Wirtschaft wurde zerstört, und die Armee und der Staat bekämpften die eigene Bevölkerung.

Auf den Sturz Idi Amins 1979 durch Tansanias Armee folgten mehrere kurzlebige Regierungen, die keine Stabilität schaffen konnten, da sie die Sicherheitskräfte nicht kontrollieren konnten. Am längsten

¹⁰⁹ Vgl. Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 16 f.

¹¹⁰ Vgl. Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 18

hielt die zweite Herrschaft Milton Obotes (1980-1985), durch die sich die Lage nur graduell verbesserte. Seine Koalition aus UPC und DP hatte offenkundig kein Interesse daran, den Lippenbekenntnissen zu mehr Demokratie auch Taten folgen zu lassen. Das 1981 gegründete NRM und sein militärischer Arm, die NRA, verhinderten eine Stabilisierung von Obotes Regime und stürzten ihn schließlich 1985.¹¹¹

¹¹¹ Vgl. Schicho, Walter (2004) S. 303

6. „Keine-Parteien-Demokratie“ unter Yoweri Museveni

„The key element in the exercise of democracy is the holding of free and fair elections at regular intervals enabling the people's will to be expressed. These elections must be held on the basis of universal, equal and secret suffrage so that all voters can choose their representatives in conditions of equality, openness and transparency that stimulate political competition. To that end, civil and political rights are essential, and more particularly among them, the rights to vote and to be elected, the rights to freedom of expression and assembly, access to information and the right to organise political parties and carry out political activities. Party organisation, activities, finances, funding and ethics must be properly regulated in an impartial manner in order to ensure the integrity of the democratic processes.“¹¹²

In Demokratien haben oppositionelle Parteien eine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung und stellen eine Alternative zu ihr dar, die nach Wahlen selbst die Regierungsverantwortung übernehmen könnte. Sie wird außerdem als wichtiger Teil des politischen Systems akzeptiert. Mit Ausnahme der sehr kurzlebigen Selbstregierung im Jahr 1961, kurz vor der Unabhängigkeit, unter dem Ministerpräsidenten Benedicto Kiwanako und zwei kurzen Regierungsperioden nach dem Sturz Idi Amins unter Yusuf Lule und Godfrey Binaisa, wurde

¹¹² Artikel 12 der *Universal Declaration on Democracy*.
<http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>

Uganda stets autoritär regiert. „...for more than 100 years, Uganda has been ruled largely by monolithic, authoritarian and non-democratic governments“¹¹³, konstatiert George Kanyeihamba, auch wenn den UganderInnen etwa 50 Jahre davon entweder gesagt worden sei, dass sie bereits in einer Demokratie lebten, oder dass sie es bald tun würden.¹¹⁴

Dieses Kapitel widmet sich der Regierung Yoweri Musevenis, die in Uganda seit 1986 ein System geschaffen hat, das zentrale Punkte der zitierten *Universal Declaration on Democracy* nicht erfüllt. Und das, obwohl Uganda Mitglied der Interparlamentarischen Union ist, die die besagte Deklaration 1997 verabschiedete.

Erst 2005 entschied sich die Mehrheit der wahlberechtigten UganderInnen in einem Referendum für die Einführung eines pluralistischen Mehrparteiensystems.

6.1 'Movement' vs. 'Multipartyism'

Der von der britischen Kolonialverwaltung viel zu spät eingeleitete „bottom-up“-Prozess der Demokratisierung sollte ursprünglich zumindest 30 Jahre dauern und war nicht auf die Abhaltung von kompetitiven Wahlen in einem Mehrparteiensystem ausgerichtet. Daher standen die britischen Behörden in den 1940er Jahren der Idee

¹¹³ Kanyeihamba, George W. (2006), s. 148

¹¹⁴ Vgl. Kanyeihamba, George W. (2006), S. 147 f.

ein Mehrparteiensystem einzuführen äußerst skeptisch, um nicht zu sagen ablehnend, gegenüber. Man war überzeugt, dass politische Parteien eine willkommene Plattform für AgitatorInnen und kommunistische Propaganda würden und Sektierertum, Regionalismus und Instabilität die Folgen wären.¹¹⁵ Nach den in Kapitel 5 beschriebenen autoritären Herrschaften kam es im Jahr 1986 zu einer radikalen Wendung in der politischen Geschichte Ugandas. Mit Yoweri Museveni wurde der Anführer der *National Resistance Army* (NRA), einer indigenen Guerillabewegung, zum Staatsoberhaupt. Der politische Arm der NRA, das *National Resistance Movement* (NRM), übernahm nach dem gewonnenen Bürgerkrieg die Staatsmacht für vier Jahre. Innerhalb dieser vier Jahre entstand eine neue Verfassung¹¹⁶ und Wahlen wurden abgehalten. Uganda kehrte kurz gesagt zur zivilen Herrschaft zurück.¹¹⁷

Im Gegensatz zu vielen anderen afrikanischen Staaten, die zur Erreichung von Stabilität, Frieden, Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Menschenrechte demokratische Mehrparteiensysteme ins Leben riefen, entwickelte sich in Uganda unter dem National Resistance Movement ein Kein-Parteien-System. Um sowohl die nationale Einheit und Stabilität, als auch den Wiederaufbau des Landes garantieren zu können, verbot das NRM parteipolitische Aktivitäten vorläufig bis zum Inkrafttreten der geplanten neuen Verfassung. Es gab einen breiten Konsens, dass diese Übergangsphase notwendig sei, um die Wunden

¹¹⁵ Vgl. Mugaju, Justus (2000) S. 15

¹¹⁶ Anm.: Dieser Verfassung liegt ein angeblich 1984 im österreichischen Weinviertel von Yoweri Museveni und seiner damaligen Exilregierung ausgearbeitetes Manifest zugrunde.

¹¹⁷ Vgl. Ahluwalia, Pal / Zegeye, Abebe (2001) S. 34

des Bürgerkriegs zu heilen, den Rechtsstaat wieder in Kraft zu setzen und die Wirtschaft des Landes zu beleben. Diese Zwischenzeit nutzte die Bewegung aber auch, um sich selbst als mögliches zukünftiges System zu präsentieren. Dieses Verhalten wurde der NRM später, als die eigens geschaffene *Constitutional Commission*¹¹⁸ und der *Constituent Assembly* die Fortführung des Movement-Systems beschlossen hatten, von Befürwortern eines Mehrparteiensystems bzw. einer pluralistischen Politik immer wieder vorgeworfen.¹¹⁹

In die neue Verfassung, die insgesamt dritte Verfassung Ugandas¹²⁰, arbeiteten die Mitglieder der *Constitutional Commission* Vorschläge der Bevölkerung ein. 1992 wurde ein Verfassungsentwurf präsentiert, der anschließend von den Mitgliedern der *Constituent Assembly*, großteils direkt gewählten RepräsentantInnen unterschiedlicher Interessensgruppen, wie Jugendliche, Frauen, Behinderte, aber auch Mitglieder von Gewerkschaften, politischen Parteien und der Armee, äußerst kontrovers debattiert wurde.¹²¹ Jedenfalls war in der Verfassung von 1995 ein Referendum zur Frage des politischen Systems des Landes im Jahr 2000 festgeschrieben, sowie die Möglichkeit nach jeweils mindestens fünf Jahren wieder eine Abstimmung zu diesem Thema abzuhalten. Die UganderInnen sollten hierbei zwischen dem Movement-System, einem Mehrparteiensystem, und einer anderen, nicht näher spezifizierten, Form der Demokratie wählen können. Bis

¹¹⁸ Die Constitutional Commission wirkte von 1989 bis 1992 und bestand aus 21 vom Präsidenten ernannten Mitgliedern.

¹¹⁹ Vgl. Mugayu, Justus / Oloka-Onyango, J. (2000b) S. 1 f.

¹²⁰ 1. Verfassung: 1962/63

2. Verfassung: 1967

3. Verfassung: 1995

¹²¹ Vgl. Kretzl, Reinhard (1999) S. 50

zum Jahr 2000 waren Parteiaktivitäten, nicht jedoch die Existenz von Parteien, weiterhin verboten. Unter anderem weil ihnen daher nicht erlaubt war einen Wahlkampf zu führen¹²², riefen politische Parteien, allen voran der *Ugandas Peoples Congress* (UPC) und die *Democratic Party* (DP) zum Boykott des Referendums auf.¹²³

Kritisiert wurde aber auch die ständige Verschiebung von geplanten Reformen und der Präsidentenwahl, sowie das Abstimmungsverfahren in der *Constituent Assembly*. Das sogenannte „queing“, das Aufstellen hinter dem unterstützten Kandidaten, widerspricht dem Prinzip der geheimen Wahl. Festzuhalten ist jedoch, dass die Verfassung von 1995 schließlich aber eine geheime Wahl vorsieht, die in den folgenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen auch praktiziert wurde.¹²⁴

Die Befürworter des Movement-Systems argumentierten, dass ein „armes und rückständiges Land wie Uganda“ sich den Luxus eines Mehrparteiensystems nicht leisten könne. Die Vergangenheit hätte bereits in den 1960er und 1980er Jahren, als Parteiaktivitäten erlaubt waren, bewiesen, dass sie nichts weiter als der Nährboden für ethnische, religiöse und regionale Spaltungen des Landes seien. Nationale Einheit, eine starke Wirtschaft, politische Vernunft, stabile politische Institutionen und das Etablieren demokratischer Werte und demokratischer Praxis seien die Vorbedingung für das Funktionieren eines

¹²² Anm.: Jedenfalls parteipolitisch organisierten Wahlkampf.

¹²³ Vgl. Mugayu, Justus / Oloka-Onyango, J. (2000b) S. 2

¹²⁴ Vgl. Kretzl, Reinhard (1999) S. 51

Mehrparteiensystems.¹²⁵ Aus dieser Haltung lässt sich eine eindeutige Prioritätensetzung ablesen: Entwicklung geht vor Demokratisierung.

Weiters wird argumentiert, dass alle BürgerInnen Ugandas ab 18 Jahren sich unabhängig von ihrer etwaigen Zugehörigkeit zum NRM oder einer Partei zur Wahl stellen können, und dass die Wahl der RepräsentantInnen durchwegs ohne Angst oder Einschüchterung stattfindet.¹²⁶ Dass es undemokratisch sei, Parteien bei Wahlen nicht zuzulassen, entkräftete man durch die Feststellung, die ugandischen Parteien seien selbst nie demokratisch gewesen und könnten daher nichts zur Demokratisierung beitragen.

„Instead of advancing democracy in Uganda, the introduction of partisan politics would have disrupted the painstaking efforts to build democratic institutions and values in an atmosphere of national unity and reconciliation.“¹²⁷

In der Gegenargumentation der Movement-Kritiker ist das Kein-Parteien-System eine Ein-Parteien-Diktatur mit anderem Namen. Man warf dem National Resistance Movement vor, bei den Wahlen durch die Unterstützung der eigenen Kandidaten selbst als Partei aufzutreten. Ein weiteres Thema war der Vorwurf, die breite Diskussion um die neue Verfassung sei nur ein Schauspiel für die Öffentlichkeit und in Wirklichkeit sei sie bereits vom NRM im Alleingang fertiggestellt

¹²⁵ Vgl. Mugayu, Justus / Oloka-Onyango, J. (2000b) S. 2

¹²⁶ Vgl. Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 93

¹²⁷ Vgl. Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 98

worden. Für diese Theorie spricht, dass keine Bestimmung der Verfassung den Interessen des Movements fundamental widerspricht.¹²⁸

Obwohl es den Kandidaten frei stand, für ein Mehrparteiensystem oder das Movement-System einzutreten, verloren die etablierten Parteien besonders in den 1990er Jahren sukzessive den Rückhalt in der Bevölkerung. Pal Ahluwalia und Abebe Zegeye vertreten in einem Artikel in „Afrika Süd“ die Ansicht, dass das nur zum Teil auf die begrenzten Darstellungsmöglichkeiten der Parteien zurückzuführen sei. Ausschlaggebend sei ebenso der Erfolg der Regierung Museveni, ihre „*integrative Rolle in Bezug auf die Nationale Einheit*“¹²⁹, und erfolgreiche politische Strategien des NRM. Zu diesen Strategien gehört die Politik der „affirmative action“ für benachteiligte Gruppen und Minderheiten, denen sowohl in der *Constituent Assembly*, als auch im *National Resistance Council (NRC)*¹³⁰ ein Sonderstatus eingeräumt wurde. Des weiteren schwand die Unterstützung der Parteien durch ihre jeweilige ethnische Basis. So verlor der UPC große Teile seiner Anhängerschaft in in Nord- und West-Uganda und die DP in Buganda. Dazu kamen Führungskrisen der Parteien. Milton Obote konnte im Exil den UPC nicht weiter führen, und Paul Ssemogerere verlor als Parteichef der DP durch seine Mitarbeit in der Regierung Musevenis an Ansehen innerhalb der eigenen Partei.¹³¹

¹²⁸ Vgl. Kretzl, Reinhard (1999) S. 51

¹²⁹ Vgl. Ahluwalia, Pal / Zegeye, Abebe (2001) S. 35

¹³⁰ Der NRC hatte prinzipiell die Funktion eines Parlamentes.

¹³¹ Vgl. Ahluwalia, Pal / Zegeye, Abebe (2001) S. 36

Referendum 2005

„The process of consolidating national unity will continue and invite all non-criminal forces to operate on the basis of a united political platform. Nothing and nobody will divert us from this course.“¹³²

Y.K. Museveni

In der Verfassung von 1995 ist festgelegt, dass auf Antrag¹³³ im vierten Jahr jeder Legislaturperiode ein Referendum über das politische System abgehalten werden kann. Da die Regierung durch ein Einparteiensystem und eine Militärjunta von der Verfassung ausgeschlossen werden, handelt es sich praktisch um eine Entscheidung zwischen Mehrparteien- und Movement-System.¹³⁴ Seit 1995 fanden Volksabstimmungen im Juni 2000 und im Dezember 2005 statt. Während im Jahr 2000 bei einer Wahlbeteiligung von knapp über 50 % noch mehr als 90 % für die Beibehaltung des Movement-Systems votierten¹³⁵, änderte sich die Meinung der Wähler bis 2005 ebenso drastisch wie die des Präsidenten: 92,4 % traten für ein Mehrparteiensystem ein. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Frage unterschiedlich gestellt wurde, und in beiden Fällen meiner Ansicht nach suggestiven Charakter hat. So lautete die Frage im Jahr 2000:

¹³² Vgl. Sembuya, Stephen (2007) S. 31

Anm.: Die Zitate des Buches stammen aus den Jahren 1986 bis 2006, sind aber leider nicht mit genauen Zeit und Ortsangaben versehen.

¹³³ Der Antrag kann entweder durch die Parlamentsmehrheit, durch die Mehrheit der Mitglieder von zumindest der Hälfte der „District Councils“ oder von einem Zehntel der registrierten Wähler in zumindest zwei Drittel der Wahlbezirken eingebracht werden. Vgl. Constitution of the Republic of Uganda (1995), Artikel 74.

¹³⁴ Vgl. Mugayu, Justus / Oloka-Onyango, J. (2000b) S. 3

¹³⁵ Vgl. African Elections Database (2008)

„Which political system do you wish to adopt, Movement or Multiparty?“

Und im Dezember 2005:

„Do you agree to open up the political space to allow those who wish to join different organizations/parties to do so to compete for political power?“¹³⁶

Dazu ist noch anzumerken, dass bereits im Poverty Eradication Action Plan (PEAP), der 2004 von der ugandischen Regierung veröffentlicht wurde, die Zulassung von Parteien als Teil der Strategie gegen Armut angegeben wurde.¹³⁷

6.2 Wahlen und Wahlsystem

Als deutliches Zeichen einer funktionierenden Demokratie gilt die Abhaltung *allgemeiner, freier, geheimer* und *gleicher* Wahlen. *Allgemein*, grundsätzlich ist jede(r) StaatsbürgerIn wahlberechtigt¹³⁸, *frei*, im Sinne von unbeeinflusst, *geheim*, also unbeobachtet, und *gleich*, in Bezug auf das Stimmgewicht des/der Einzelnen, so lauten anerkannte Prinzipien des Wahlrechts in westlichen Demokratien.¹³⁹

¹³⁶ Vgl. African Elections Database (2008)

¹³⁷ Vgl. Ministry of Finance, Planning and Economic Development (2004) S. 233

¹³⁸ Die Festsetzung eines Mindestwahlalters wird meist nicht im Widerspruch zum Prinzip der allgemeinen Wahl gesehen.

¹³⁹ Dazu kommen in Österreich bei Nationalratswahlen noch das persönliche und unmittelbare Wahlrecht. Man kann sich bei der Ausübung der Wahl also nicht ver-

Zum einen weil Wahlen als demokratisches Kernelement ein guter Indikator für Demokratie sind, und zum anderen, weil sich in Uganda ein sehr eigenständiges Wahlsystem entwickelt hat, halte ich es für sinnvoll, dieses näher zu untersuchen.

Da Wahlen an sich aber noch nicht unbedingt zu demokratischen Ergebnissen führen, ist eine weitere Voraussetzung ein demokratisches Grundverständnis in der Gesellschaft. Die autoritären Systeme in Uganda haben aber tiefe Spuren hinterlassen:

„... people were so submerged in authoritarianism that they had absolutely no voice.“¹⁴⁰

Taris Kabwegyere argumentiert in seinem Buch *„People's choice, people's power“*, dass erst das NRM der ugandischen Bevölkerung eine Stimme gegeben und politische Partizipation ermöglicht habe. Seit 1986 fanden in Uganda eine Reihe von Wahlen statt. Inwieweit aber haben diese Wahlen Uganda der Demokratie näher gebracht? Gerade bei der Beantwortung dieser Frage spielt der „westliche“ Standpunkt oft eine bedeutende Rolle. So schreibt beispielsweise Nelson Kafir, die Wahlen könnten nicht zweifellos als demokratisch bezeichnet werden, weil sie keine Möglichkeit geschaffen hätten, die amtierende Regierung abzuwählen. Er räumt jedoch ein, es habe sich insofern um freie und faire Wahlen gehandelt, als die Regierung sie nicht manipuliert

treten lassen und die Abgeordneten werden direkt, und nicht wie zum Beispiel in den USA indirekt über Wahlmänner, gewählt.

¹⁴⁰ Vgl. Kabwegyere / Tarsis Bazana (2000) S. 92

habe. Kabwegyere merkt dazu an, wie wichtig der Prozess des Wählens an sich für die Demokratisierung sei, und dass die UganderInnen nach dem fünfjährigen Bürgerkrieg jeder Form einer Gegenrevolution keine Chance geben wollten. Wie andere ugandische politische BeobachterInnen sieht er den Demokratisierungsprozess noch ganz am Anfang. Dass noch Generationen an der Etablierung einer voll funktionsfähigen Demokratie in Uganda arbeiten werden müssen, steht für Kabwegyere außer Frage. Für die Gegenwart sei aber wichtig, ob die ugandische Demokratie, so fehlerhaft sie sein mag, als konsolidiert, also nicht ohne weiteres abschaffbar, zu bezeichnen ist. Der steinige Weg in Richtung Demokratie zeigt in der Tat erste Erfolge, und so schlussfolgert Kabwegyere, dass die erreichte Wahlregelmäßigkeit und demokratische Praxis bei einer diktatorischen Machtergreifung in der Form eines Volksaufstandes ihre Wirkung zeigen würde.¹⁴¹

Zentrales Element des ugandischen Demokratiemodells sind die sogenannten Resistance Councils (RCs), oder wie sie seit 1995 heißen, Local Councils (LCs). Diese Widerstandsräte führte die NRA zunächst ab 1981 in den von ihr eroberten Gebieten, und ab 1986 in ganz Uganda ein. Das Rätssystem besteht aus fünf Ebenen: RC1 (Village), RC2 (Parish), RC3 (Sub-County), RC4 (County) und RC5 (District). Der RC1, ein neunköpfiges Exekutivkomitee, wird demokratisch von den über 18jährigen BewohnerInnen des jeweiligen Dorfes gewählt. Der RC2 (Parish) ist der Zusammenschluss mehrerer Komitees verschiedener Dörfer und wählt aus den eigenen Reihen erneut ein neunköpfiges Komitee. So werden die Resistance Councils von RC1

¹⁴¹ Kasfir, Nelson zit. nach: Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 92 f.

bis RC5 stufenweise indirekt gewählt.¹⁴² Nur die Vorsitzenden der RC5 werden, wie in der Verfassung von 1995 geregelt, in einer allgemeinen Direktwahl gewählt.¹⁴³

Zum Wahlsystem ist weiter zu sagen, dass das bereits erwähnte „queing“ mit der Verfassung von 1995 durch die geheime Wahl per Stimmzettel ersetzt wurde. Um Unstimmigkeiten von vornherein zu verhindern ersetzte man die nach Kandidaten unterschiedlichen Stimmzettel und Wahlurnen durch einen Stimmzettel mit allen Kandidaten und eine einzige Wahlurne. Die Urne ist außerdem sichtbar aufgestellt, um Wahlbetrug vorzubeugen. Nach der Wahl werden die Stimmen jedes Wahllokals ohne Verzögerung ausgezählt und bekannt gegeben. Neben der freien Wahlentscheidung ist die Möglichkeit des friedlichen Machtwechsels von entscheidender Bedeutung. Seit 1987 kommt es regelmäßig zu Misstrauensanträgen, die in der Folge zur Abwahl von Führungspersonlichkeiten aller Ebenen führen. Im RC-System hat allerdings immer nur die nächstniedrige Ebene die Befugnis, Personen abzuwählen. Mitglieder des RC4 können also nur durch Beschluss des RC3 ausgetauscht werden. Das LC-System, so Kabwegyere, hat auf diese Weise das Prinzip der Rechenschaft in der Wählerschaft etabliert, und trägt dazu bei, politische Ämter aufgrund von Leistungen und Fähigkeiten zu besetzen. Einmal gewählt zu werden bedeutet nicht sich auf eine Wiederwahl¹⁴⁴ verlassen zu können, und ist auch keine Garantie, nicht innerhalb der ersten Amtszeit mit

¹⁴² Vgl. Ddungu, *Expedit* (1994) S. 373 oder
Vgl. Ruffert, Michael (1996) S. 332

¹⁴³ Vgl. *Constitution of the Republic of Uganda* (1995) Kapitel 11, Paragraph 183

¹⁴⁴ Wahlen der Local Councils finden alle zwei Jahre statt.

2/3-Mehrheit abgewählt zu werden. In der Praxis waren die Wahlen der Local Councils von Wechsel geprägt. So wurden nur im Distrikt Kumi¹⁴⁵ mehr als die Hälfte (9 von 16) der Vorsitzenden zweimal hintereinander (1989 und 1992) in ihrem Amt bestätigt, in allen anderen Distrikten war der Anteil niedriger.¹⁴⁶

Zu den Vorzügen des LC-Systems gehört die Kosteneinsparung gegenüber landesweiten geheimen Wahlen, der partizipatorische Ansatz, der die Bevölkerung in die direkte, lokale Entscheidungsfindung einbindet, und nicht zuletzt die „demokratische Übung“ des Wählens an sich. Lokale Probleme werden lokal gelöst, und tausende Ratsmitglieder aller Ebenen sind in verantwortlichen Positionen. In einem alternativen System wären viele lokale Probleme nicht, oder von einer abgehobenen Führungsschicht gelöst worden. Und gerade das Problemlösungspotential, das das LC-System bietet, veranlasst Kabwegyere zu der These:

„The system has galvanised the population into a development process.“¹⁴⁷

Auch nach dem Referendum des Jahres 2005, das das Movement-System durch ein Mehrparteiensystem ersetzte, änderte sich abgesehen von der Zulassung von Parteien und des Antritts des NRM als

¹⁴⁵ Insgesamt ist Uganda in 80 Distrikte unterteilt, wobei am 1. Juli 2006 elf neue Distrikte entstanden.

¹⁴⁶ Vgl. Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 100

¹⁴⁷ Vgl. Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000) S. 98

Partei nichts am Wahlsystem und de facto auch wenig an den Wahlergebnissen: Yoweri Museveni wurde 2006, wie schon 2001 in seinem Amt bestätigt.

6.3 Demokratiep politisch erreichte Ziele

Auf der offiziellen Website der Republik Uganda findet sich folgende Liste¹⁴⁸ der von der Regierung Museveni als erreicht betrachteten Ziele des Demokratisierungsprozesses. Ich werde in Kurzform darauf eingehen, um so einen abschließenden Überblick über die ugandische Demokratie zu schaffen.

Democratisation Process

- There has been regular, free and fair elections of leaders
- Freedom of speech, expression, press etc
- Promotion of the marginalised groups
- Independence of the judiciary, Parliament and executive
- Increased political awareness of the civil society
- Up-holding the principal of individual merit. This allows / enables individuals to stand at any electable positions.
- The Movement under Museveni has given political direction and hope for Uganda.

¹⁴⁸ <http://www.statehouse.go.ug/government.php?catId=7>

„There has been regular, free and fair elections of leaders“

Zum diesem ersten Punkt ist zu sagen, dass, wie im vorangegangenen Unterkapitel beschrieben, in den letzten Jahren durchaus von freien und fairen Wahlen gesprochen werden kann. Dennoch wird insbesondere das LC-System und der fehlende Wechsel an der Staatsspitze weiterhin kritisiert. In den ersten zehn Jahren der Herrschaft Yoweri Musevenis gab es allerdings keine freien und fairen Wahlen, obwohl man der Regierung bescheinigen muss, dass sie auch damals breite Bevölkerungsgruppen in Entscheidungsfindungsprozesse mit eingebunden hat.¹⁴⁹

Freedom of speech, expression, press etc

Die Joint-Assistance Strategy, eine Kooperation der Uganda unterstützenden Länder und Organisationen, bescheinigt dem Land „relativ freie“ Presse seit über zwei Jahrzehnten.¹⁵⁰

Promotion of the marginalised groups

In der Verfassung von 1995 wurde die faire Repräsentanz von Minderheiten in allen verfassungsmäßigen Institutionen festgeschrieben.¹⁵¹

¹⁴⁹ Vgl. Stuart, Frances / O'Sullivan, Megan (1998) S. 14

¹⁵⁰ Vgl. Austrian Development Agency (2006) S. 9

¹⁵¹ Vgl. Constitution of Uganda (1995), Preamble, VI

Independence of the judiciary, Parliament and executive

Die ugandische Justiz ist weitgehend unabhängig, obwohl zu lange Untersuchungshaftzeiten, und schlechte Infrastruktur bei Gerichten, Polizei und Gefängnissen zu bemängeln sind.¹⁵²

Increased political awareness of the civil society

Im Zentralraum Ugandas haben sich zivilgesellschaftliche Strukturen gebildet, die insbesondere von regierungskritischer Presse getragen sind. NGOs waren auch an der Ausarbeitung des ersten PEAP beteiligt, und ihr politischer Einfluss wird zunehmend stärker.¹⁵³

Up-holding the principal of individual merit. This allows / enables individuals to stand at any electable positions.

Dies ist meiner Ansicht nach ein Punkt, den man durchaus als Vorteil des LC-Systems definieren kann. Es bleibt jedenfalls die Frage, ob auf lange Sicht durch die Umstellung auf ein Mehrparteiensystem dieser Vorteil verschwinden wird.

The Movement under Museveni has given political direction and hope for Uganda

Im Vergleich zur politischen Vergangenheit des Landes ist diese Feststellung unbestreitbar. Dennoch ist und bleibt das politische System auf dem schmalen Grat zwischen funktionierender Demokratie und autoritärem Machtgefüge.

¹⁵² Vgl. Auswärtiges Amt Deutschland:
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Uganda/Innenpolitik.html>

¹⁵³ Vgl. PRSP-Watch (2008)

7. Ugandische Entwicklungspolitik

Um den Entwicklungsstand Ugandas zusammenzufassen, werden im folgenden Kapitel der „*Uganda Human Development Report 2007*“ und der „*Millennium Development Goals Uganda's Progress Report 2007*“, die beide vom United Nations Development Program (UNDP) publiziert wurden, aufgearbeitet. Zum einen wird das Zustandekommen des HDI für Uganda analysiert (Kapitel 7.1), und zum anderen auf die einzelnen MDGs eingegangen, um die Bereiche herauszuarbeiten, in denen besonderer Handlungsbedarf besteht (Kapitel 7.2). Im abschließenden Unterpunkt (Kapitel 7.3) werden schließlich jene Teile des ugandischen Poverty Reduction Strategy Paper (PRSP) untersucht, die sich mit Demokratisierung als Strategie zur Armutsbekämpfung beschäftigen.

7.1. Entwicklungspolitische Basisdaten

7.1.1 Human Development Index (HDI)

Der HDI fasst drei Komponenten, Gesundheit, Bildung und Lebensstandard, zu einem Vergleichswert zusammen. Gesundheit wird dabei durch die Lebenserwartung bei der Geburt gemessen, und Bildung durch eine Kombination der Alphabetisierungsrate der Erwachsenen und dem „gross enrolment ratio“, dem Anteil der Bevölkerung, der bestimmte Bildungsstufen absolviert hat. Der Lebensstandard wird durch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf¹⁵⁴ ermittelt.

¹⁵⁴ Zu beachten ist hierbei, dass das UNDP zur Berechnung des BIP/Kopf die Kaufkraftparität in US-Dollar (engl. PPP – purchasing power parity US\$) verwendet. Das BIP/Kopf wird in Entwicklungsländern somit im Vergleich zu den offiziellen

Für Uganda wird der HDI seit 1995 berechnet. Wie in der Tabelle ersichtlich, verbesserte sich der Wert abgesehen vom Jahr 2002



kontinuierlich. Zuletzt steigerte sich der Wert von 0,488¹⁵⁵ im Jahr 2003 auf 0,581 im Jahr 2005. Damit schaffte Uganda erstmals den Sprung aus der Liste „Low Human Development“ in die Reihe der Länder, die vom UNDP mit „Medium-Human-Development“ betitelt wird. Im Vergleich dazu gehört Österreich mit einem HDI von 0,948 zur Kategorie „High Human Development“ und belegt unter allen 177 Ländern, für die der HDI berechnet wird, Platz 15.¹⁵⁶

Abbildung 2: HDI in Uganda von 1995 bis 2005

Der erste maßgebliche Faktor, die Lebenserwartung, steigert sich in Uganda langsam, aber kontinuierlich. Im Jahr 1991 lag sie bei durchschnittlich 48,1 Jahren und 2005 bei 50,4. Ein dramatischer Einbruch ist nur im Jahr 2002 mit ei-

Wechselkursen meist nach oben korrigiert, da viele Waren dort zu niedrigeren Preisen gehandelt werden.

¹⁵⁵ Anm.: Der maximale Wert des HDI ist 1.

¹⁵⁶ Vgl. UNDP (2008)

nem Wert von im Durchschnitt nur 42 Lebensjahren verzeichnet.¹⁵⁷ Der Aufwärtstrend ist vor allem auf die sinkende Kindersterblichkeit¹⁵⁸ und den erfolgreichen Kampf gegen HIV/Aids zurückzuführen. Lag die HIV/Aids-Rate 1992 noch 30 %, so ist es gelungen, sie bis 2005 auf 7 % zu senken. Das „Fenster der Hoffnung“, die Generation der jetzt Jugendlichen die nicht infiziert sind, wird, soweit sie vor Infektion bewahrt werden kann, selbst länger leben, und Nachwuchs zeugen, der ohne das Virus zur Welt kommt.¹⁵⁹ Trotzdem liegt die Lebenserwartung im Vergleich zum Durchschnitt aller Entwicklungsländer, wo im Durchschnitt 64 Jahre Lebenserwartung verzeichnet werden, immer noch sehr niedrig. Die Ursachen dafür sind der schwelende Konflikt im Norden des Landes, und die Malaria. Laut UGHS (Uganda Demographic and Health Service) sank die Sterblichkeit von Kindern bei jeweils 1000 Lebendgeburten von 89 im Jahr 2000/2001 auf 83 im Jahr 2002 und 76 im Jahr 2006. Für das Jahr 2015 wird das Erreichen eines Wertes unter 31 angestrebt.¹⁶⁰

Beim zweiten Faktor, Bildung, ist das „gross enrollement ratio“ ein interessanter Index. Seit der Einführung des Programms *Universal Primary Education* (UMP) im Jahr 1997 stieg die staatliche Unterstützung von Schulen jährlich an, und hatte bis 2003 auch den gewünschten Effekt der Erhöhung der Einschulungsraten. In diesem Jahr sank aber das Wachstum und in den Jahren 2004 und 2005 sank sogar die Zahl der neuen Schüler. Diese negativen Zahlen werden

¹⁵⁷ Vgl. UNDP (2007) S. 52

¹⁵⁸ Vgl. UNDP (2007) S. 53

¹⁵⁹ Vgl. OneWorld (2005)

¹⁶⁰ Fast die Hälfte aller Erkrankten in Uganda sind mit Malaria infiziert.
Vgl. UNDP (2007) S. 53

auch nicht durch den Aufstieg von Schülern in weiterführende Schulen kompensiert, da die Zahl der SchulabbrecherInnen sehr hoch ist. Nur etwas mehr als ein Drittel der SchülerInnen, die die erste Klasse besuchen, schließt die siebenjährige Grundschule auch ab. Die Gründe dafür sind zum einen Kosten, die nicht vom UMP abgedeckt werden, aber auch Desinteresse, Krankheit, und vor allem bei Mädchen, frühe Heirat. Das HDI-Wachstum hätte also in diesen Jahren noch deutlicher sein können, wäre es gelungen, die hohe SchulabbrecherInnen-Rate zu verhindern.

Der Lebensstandard, gemessen am BIP pro Kopf, ist der dritte den HDI bestimmenden Faktor. Auch in dieser Statistik findet sich im Jahr 2002 ein deutlicher Einbruch. Danach stieg der Wert aber stetig: Von US\$ 1.390,00 im Jahr 2002 auf US\$ 1.626,00 im Jahr 2005. Aufgrund der Korrelation mit dem Wert des HDI, bezogen auf den Tiefstand 2002 und den Höchststand 2005, schlussfolgert das UNDP:

„Therefore, any improvement in a country’s GDP per capita has a direct positive impact on the HDI of a particular country.“¹⁶¹

72 % der UganderInnen arbeiten in der Landwirtschaft bzw. sind direkt oder indirekt vom Agrarsektor abhängig. In den letzten Jahren wurde versucht, die agrarischen Exporte zu diversifizieren, was teilweise auch gelungen ist. Heute werden die traditionellen Exportgüter, wie zum Beispiel Mais, Bohnen und Bananen, immer wichtiger für die regionalen Märkte, während auf den internationalen Märkten zuneh-

¹⁶¹ Vgl. UNDP (2007) S. 47

mend höherpreisige Produkte wie Fisch, Gewürze, ätherische Öle, Früchte, Gemüse, Nüsse und Blumen an Bedeutung gewinnen. Der von Armut betroffene Teil der Bevölkerung lebt allerdings primär in kleinbäuerlichen Verhältnissen, und ist auf die Produktion der traditionellen Produkte für regionale Märkte angewiesen. Um diese regionalen Märkte konsequent zu nutzen, fehlt aber die nötige Infrastruktur. In diesem Bereich bleibt die Chance, die Armut zu überwinden daher gering. Trotz der steigenden Exporte sinkt der Anteil, der Agrarsektor zum BIP beiträgt, und daher auch sein positiver Einfluss auf den HDI. Die Wachstumsrate des Sektors sank in den vergangenen Jahre rapide von 3,8 % (2003/2004) auf 1,5 % (2004/2005) und betrug zuletzt nur 0,4 % (2005/2006). Von diesem Einbruch, der zum größten Teil langen Dürreperioden zugeschrieben wird, sind insbesondere Kleinbauern betroffen. Das UNDP empfiehlt daher verstärkte Investitionen in Infrastruktur, dürre-, krankheits- und schädlingsresistente Pflanzen, und nachhaltige Technologien, die das Wachstum des Sektors wieder erhöhen, und damit den Ärmsten helfen.¹⁶²

7.1.2 Armutsgrenze

Mit dem Ansteigen des HDI sank auch der Prozentsatz der UganderInnen, die unter der Armutsgrenze leben. Seit dem Anfang der 1990er Jahre kann Uganda beachtliche Erfolge in der Armutsbekämpfung verzeichnen. Lebten 1992/93 noch 56 % der Bevölkerung in Armut, so waren es 2005 nur noch 31 %. Auch diese Statistik weist

¹⁶² Vgl. UNDP (2007) S. 49

nur beim Sonderfall 2002 eine dem Trend widersprechende Zahl auf. Auffällig ist ein mehr als deutliches Stadt-Land-Gefälle: In den urbanen Gebieten sind 12 % und am Land 42 % von Armut betroffen.¹⁶³

7.2 Die Millennium Development Goals (MDGs) in Uganda

Der Fortschritt der zur Erreichung der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen erreicht wird, ist derzeit der wichtigste Indikator für Entwicklung. Im Jahr 2007 veröffentlichte die UNO für Uganda einen nationalen MDG-Report. Im Folgenden werden die Ergebnisse, aufgeschlüsselt nach den einzelnen Zielen, zusammengefasst.

Ziel 1: Extreme Armut und Hunger beseitigen

Das erste Ziel der MDGs ist es, zwischen 1990 und 2015 die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen und die Zahl der Hungernden zu halbieren. Extreme Armut bedeutet in diesem Zusammenhang, von weniger als einem Dollar pro Tag leben zu müssen. Das betraf 1992/93 noch 55,1 % der UganderInnen und 2005/06 noch 31,1 %. Es gab hier also deutliche Erfolge, was auf die starke Forcierung durch die Regierung zurückzuführen ist. Das PEAP hat sogar noch ein ambitionierteres Ziel: Bis 2017 sollen weniger als 10 % der Bevölkerung in extremer Armut leben. Der bisherige Trend lässt darauf schließen, dass beide Ziele wahrscheinlich erreicht werden können. Wie bereits bei den HDI-Werten gibt es auch in dieser Statistik eine kurze negative Entwicklung etwa zwischen 2000 und 2002/3. Die Vereinten Nationen führen das auf sinkende Wachstumsraten in der

¹⁶³ Vgl. UNDP (2007) S. 47

Landwirtschaft zurück. Der Preis des wichtigsten Exportgutes, Kaffee, stürzte nach dem Boom in den 1990er ab, wodurch die Exporterlöse in diesen Jahren niedriger ausfielen. Der Fortschritt beim Ziel, den Anteil der Hungernden zu halbieren, wird durch zwei Hauptindikatoren gemessen. Einerseits beobachtet man den Anteil der unter fünfjährigen Kinder, die untergewichtig sind (derzeit 20,4 %), zum anderen den Bevölkerungsanteil, der täglich zu wenige Kalorien zu sich nimmt. Während der Anteil der untergewichtigen Kinder sinkt, stieg Prozentsatz der Unterernährten in den letzten Jahren stark an und liegt heute bei 68,5 %. Es gibt hierbei große regionale Unterschiede, wobei die städtischen Gebiete stärker von Hunger betroffen sind, als ländliche.

Ziel 2: Grundschulausbildung für alle Kinder gewährleisten

Nach dem zweiten MDG-Ziel sollen bis 2015 alle 6 bis 12jährigen Kinder die Grundschule besuchen. Wie bereits in Kapitel 7.1.2 beschrieben, sind die Einschulungsraten seit dem Beginn der 1990er Jahre stets verbessert worden. Demgegenüber steht aber auch eine hohe Schulabbruchrate, die zumeist auf Krankheit, Desinteresse oder frühe Heirat zurückzuführen ist. Es kann insgesamt dennoch eine positive Bilanz gezogen werden: 2005/06 waren schon 84 % der Kinder in Schulen eingeschrieben und das Ziel 100 % scheint erreichbar zu sein. Weiters ist anzumerken, dass der „gender gap“ fast geschlossen werden konnte: seit 1992 hat sich der Anteil der Mädchen in den Schulen von 44,2 % auf 49 % erhöht. Wesentlichstes Hemmnis ist der Konflikt im Norden des Landes. In den vergangenen zwanzig Jahren musste der Schulbetrieb in manchen Regionen immer wieder unterbrochen werden. Am bisherigen Höhepunkt, 2003, litten

bis zu 2 Millionen SchülerInnen unter den Kämpfen. Die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes ist weitgehend von humanitären Organisationen abhängig, da viele Schulen zerstört wurden, Lehrmaterialien fehlen, und es zu wenige LehrerInnen gibt. Das Lernen und die aktive Teilnahme am Unterricht sind außerdem durch die traumatischen Erlebnisse vieler Kinder beeinträchtigt.

Ziel 3: Gleichstellung und größeren Einfluss der Frauen fördern

Die Indikatoren dieses Ziels sind zum einen das Verhältnis in dem Männer und Frauen in den Schulen vertreten sind, der Vergleich der Alphabetisierungsquote der 15 bis 24jährigen Männer und Frauen, der Anteil der Frauen, die außerhalb des landwirtschaftlichen Sektors arbeiten, sowie der Anteil der Frauen im Parlament. Wie bereits beschrieben, haben die Bemühungen der Regierung was die primäre Schulausbildung betrifft Erfolge gezeigt. Auch was die höheren Bildungseinrichtungen betrifft, kann eine positive Bilanz der letzten Jahre gezogen werden. Im Jahr 2004 waren bereits 42 % aller Studierenden Frauen. In der Politik ist im LC-System ein Drittel der Sitze für Frauen vorgesehen, und dazu gibt es in jedem LC eine Stelle die für Frauenangelegenheiten zuständig ist, die ebenfalls von einer Frau zu besetzen ist. Auf nationaler Ebene entsendet jeder Distrikt zumindest eine Frau als Abgeordnete, wodurch zumindest 79 Frauen im Parlament vertreten sind. In der momentanen Zusammensetzung sind 100 Frauen unter den insgesamt 336 Abgeordneten im ugandischen Parlament. Auch diese Quote wurde deutlich verbessert, liegt aber noch weit unter den Zielvorgaben. Frauen sind immer noch stärker von Armut betroffen als Männer. Das liegt in erster Linie an

ungerechter Arbeitsteilung. Während Männer im Durchschnitt täglich 7,3 Stunden bezahlter Arbeit nachgehen und nur 1,4 Stunden aufwenden, um Wasser zu holen, Feuerholz zu sammeln, sich um Kranke zu kümmern oder ähnliches, verwenden Frauen für ersteres 6 Stunden und für zweiteres 8,6 Stunden täglich. Der Staat kann Frauen durch Investitionen in die Infrastruktur des Landes zumindest teilweise von dieser Mehrfachbelastung befreien.

Ziel 4: Die Kindersterblichkeit senken

Das Ziel die Kindersterblichkeitsrate der unter Fünfjährigen von 1990 bis 2015 um zwei Drittel zu senken, wird Uganda voraussichtlich nicht erreichen. Folgende Faktoren werden dabei als besonders wichtig erachtet: Das Haushaltseinkommen, ob es sich um eine Mehrlingsgeburt handelt, die Bildung und das Alter der Mutter bei der ersten Geburt, der Zugang zu ärztlicher Versorgung und die Impfung von Kindern. Unter diesen Faktoren hat das Haushaltseinkommen einen relativ geringen Einfluss. Durch eine Verdopplung würden auf 1000 Geburten 20-24 Todesfälle weniger kommen. Im Gegensatz dazu sterben 200 von 1000 Mehrlingen (Zwillinge, Drillinge, etc.) vor der Vollendung des fünften Lebensjahres. Große Auswirkung hat auch die Schulbildung der Mütter. Die Sterblichkeitsrate von Kindern deren Mütter die Grundschule (primary education) abgeschlossen haben ist um 20 niedriger als die jener deren Mütter die Grundschule nicht abgeschlossen haben. Bei Müttern mit höherer Schulbildung ist die Rate noch einmal um 34 (von 1000) niedriger. Zugang zu medizinischer Versorgung verbessert die Rate um 31 bis 35 und Impfungen um 15. Gerade bei diesem Ziel bieten sich von staatlicher Seite besonders viele Möglichkeiten an, lenkend einzugreifen. Die Förderung der

Schulbildung von Frauen, der Zugang zu medizinischer Versorgung und Impfungen für alle Kinder könnten Fortschritte bringen. Bei der momentanen Sterblichkeit der unter Fünfjährigen von 137 von 1000, ist das angepeilte Ziel (56 von 1000, das ist 1/3 des Wertes des Jahres 1989) bis 2015 nicht mehr erreichbar.

Ziel 5: Die Gesundheit der Mütter verbessern

Auf 100.000 Lebendgeburten kommt in Uganda der Tod von 435 Müttern. Um das Ziel der Millennium Development Goals zu erreichen, müsste diese Zahl bis 2015 auf 131 sinken. Zur Verbesserung der derzeitigen Lage muss die Notfall-Geburtshilfe ausgebaut werden und mehr medizinisches Personal zur Verfügung gestellt werden. Der Schutz vor übertragbaren Krankheiten, wie Malaria und HIV/Aids, aber auch ihre Behandlung, muss sichergestellt werden. Da viele Frauen bei sehr frühen Schwangerschaften oder Abtreibungen sterben, startete die Regierung das Programm „Sexual and Reproductive Health and Rights“, das einerseits die medizinische Versorgung verbessern sollte, aber auch Familienberatungsstellen schuf.

Ziel 6: HIV/Aids, Malaria und andere Krankheiten bekämpfen

Das erste Teilziel, die Ausbreitung von HIV/Aids bis 2015 zu stoppen, hat Uganda bereits erreicht, die Zahl der Infizierten sinkt stetig. Dennoch ist die Krankheit weiter eine Haupttodesursache und hat trotz ihres Rückganges gravierende Nachwirkungen in der Gesellschaft. 45 % aller Waisen, von denen es in Uganda zwei Millionen gibt, haben ihre Eltern durch HIV/Aids verloren. Das zweite Teilziel, die Ausbreitung der Malaria zu stoppen, könnte ebenfalls erreicht werden. Immer noch ist sie die häufigste Krankheit und die häufigste

Todesursache. Die Regierung setzt bei der Bekämpfung von Malaria auf zwei Strategien: Es wird zum einen Malaria-Behandlung lokal gratis bereitgestellt, und zum anderen wurde die Steuer auf Moskitonetze gestrichen, um sie auch für Arme leistbar zu machen. Allerdings verwenden nur 16 % der UganderInnen Moskitonetze, und unter dem reichsten Fünftel der Bevölkerung besitzen sie dreimal so viele wie unter dem ärmsten Fünftel.

Ziel 7: Eine nachhaltige Umwelt gewährleisten

Dieses Ziel besteht aus drei Teilzielen: Nachhaltige Entwicklung soll in die Landespolitik Einzug finden, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitären Einrichtungen soll halbiert werden, und die Lebensumstände von SlumbewohnerInnen sollen verbessert werden. Die Natur des ressourcenreichen Uganda leidet auch aufgrund des starken Wirtschaftswachstums: Entwaldung, abnehmende Bodenfruchtbarkeit, Wasserverschmutzung und abnehmende Fischbestände sind nur einige der eklatantesten Probleme. Es wird deutlich, wie sehr die UganderInnen unter schlechten Ernten, die von Dürren oder schlechter Bodenfruchtbarkeit verursacht sind, leiden, wenn man bedenkt, dass von den 84.694 km² landwirtschaftlicher Nutzfläche 84.010 km² für Subsistenzlandwirtschaft verwendet werden. Mehr als die Hälfte der ugandischen StädterInnen leben in informellen Niederlassungen, das heißt auf Land, das entweder der Regierung, oder Dritten gehört. Ohne Besitz haben diese Menschen keine Möglichkeit einen Kredit aufzunehmen und sind somit so gut wie chancenlos, ihr Leben zu verbessern. Die einzigen realistisch Fortschritte sind der Aufbau eines Kanalsystems, öffentlicher Straßen und einer Wasserversorgung.

Ziel 8: Eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung schaffen

Zu diesem Millennium Development Goal gibt es kein spezielles Teilziel für Uganda. Das Land ist aber bereits seit der Machtübernahme durch Museveni in globale Zusammenarbeit einbezogen. Ab 1987 vollzog Uganda ein Strukturanpassungsprogramm des IWF und ist heute makroökonomisch stabil. Die Wirtschaft des Landes ist geöffnet und geregelt, könnte aber durch Veränderung der politischen Verhältnisse in Schwierigkeiten geraten. Als bedeutend stellen die Vereinten Nationen heraus, dass der private Sektor das Wirtschaftswachstum ankurbelt und „Good Governance“ gewährleistet ist. Uganda ist des weiteren Mitglied des *New Partnership for Africa Development* (NEPAD), das sich für Good Governance einsetzt. Es gehört aber auch den insgesamt 41 von den G8-Staaten definierten Highly Indebted Poor Countries (HIPC) an. So wurden Uganda in den Jahren 1998 und 2001 Teile seiner Auslandsverschuldung erlassen. Einer Forderung der Geberländer nachkommend, zahlt Uganda Geld, das so beim Schuldendienst eingespart wird, in den Poverty Action Fund (PAF), durch den das PEAP finanziert wird, ein. Dennoch bleibt Armutsbekämpfung weiterhin die größte Entwicklungsherausforderung des Landes.

7.3. Demokratie als Mittel der Armutsbekämpfung - Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) bzw. Poverty Eradication Action Plan (PEAP)

Die Poverty Reduction Strategy Papers (PRSP) sind ein Ansatz der Weltbank (WB) in den entwicklungspolitischen Nord-Süd-Beziehungen, der seit 1999 die sogenannten Strukturanpassungsprogramme des Internationalen Währungsfonds (IWF) ersetzt. Anders als zuvor sollen die Entwicklungsländer selbst ihre Strategien zur Armutsbekämpfung entwerfen. Den länderspezifischen Ausgangspunkten und Interessen, aber auch den konkreten Interessensgruppen soll so besser Rechnung getragen werden.¹⁶⁴

„Poverty eradication remains the central objective of the Government of Uganda.“¹⁶⁵

So lautet der erste Satz des Vorwortes des Poverty Eradication Action Plan (PEAP). Sein Autor ist Yoweri Museveni. Das PEAP ist die Strategie Ugandas zur Armutsbekämpfung und diente bereits 1995 bis 1997 als Policy-Rahmen. Dank dieser Vorarbeit konnte Uganda im Jahr 2000 als erstes Land ein vollständiges PRSP einreichen. Die im Jahr 2004 aktualisierte Version beruht auf folgenden Schwerpunkten:

- Schaffung eines Rahmens für Wirtschaftswachstum und -transformation

¹⁶⁴ Vgl. Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklung (2002) S. 15

¹⁶⁵ Vgl. Ministry of Finance, Planning and Economic Development (2004) S. 115

- Good Governance und Sicherheit
- Stärkung der Produktivität und der Einkommensmöglichkeiten der armen Bevölkerung
- Maßnahmen zur direkten Verbesserung der Lebensqualität der armen Bevölkerung.

Näher eingehen möchte ich zur Begrenzung des Themas nur auf den Punkt Good Governance. Das PEAP beschreibt den Begriff *Governance* als multidimensionales Konzept, das alle Formen der Autoritätsausübung formeller und informeller Institutionen umfasst. *Good Governance* meint die effiziente, effektive und rechenschaftspflichtige (engl.: *accountable*) Ausübung politischer, administrativer und leitender Autorität, die die Ziele einer Gesellschaft verwirklicht. Zu diesen Zielen gehören insbesondere Wohlstand, nachhaltige Entwicklung, und persönliche Freiheit. Allgemeinen Konsens gibt es über verschiedene Merkmale von Good Governance: Demokratie; Respektierung der Menschenrechte; ein gerechtes, für alle gleichermaßen zugängliches und nicht zu langsam arbeitendes Rechtssystem; ein kompetenter und adäquat entlohnter öffentlicher Dienst; eine gute Zusammenarbeit der Regierung mit anderen Organen; sowie ein positiver Beitrag zu Frieden und Sicherheit auf internationaler Ebene.

Obwohl in Uganda nach wie vor ein gravierendes Problem der mangelnden Sicherheit besteht, und das Vorgehen gegen Korruption nur sehr langsam Erfolge zeigt, wurde in den Bereichen Demokratisierung, Dezentralisierung und beim Aufbau einer funktionierenden Regierungsstruktur viel erreicht. Trotzdem bleibt auch hier noch viel zu tun, denn innerstaatlich werden die Forderungen nach verbesser-

ter politischer Repräsentation ebenso lauter, wie auf internationaler Ebene die Standards für Good Governance klarer definiert und vehementer eingefordert werden. Uganda legt als Kerns seiner Bemühungen im PEAP vier Punkte fest:

- Menschenrechte
- Demokratisierung
- Leistbare, transparente und effiziente Regierungsstrukturen
- Gutes Rechtssystem¹⁶⁶

Im Zusammenhang mit dem für diese Arbeit interessanten zweiten Punkt wird im PEAP als größte Herausforderung die Etablierung eines Mehrparteiensystems identifiziert. Durch die Erreichung dieses Ziels, zu der es durch das Referendum des Jahres 2005 gekommen ist, versprach man sich eine höhere Wahlbeteiligung und mehr Zufriedenheit mit dem Ausmaß der ugandischen Demokratie.¹⁶⁷ Dies ließ sich zumindest kurzfristig, nämlich bis zur bisher letzten Präsidentschafts- und Parlamentswahl vom 23. Februar 2006, nicht verwirklichen. Im Vergleich zur vorangegangenen Wahl des Jahres 2001 sank die Wahlbeteiligung nämlich geringfügig von 70,3 % auf 69,2 %.¹⁶⁸ Der zweite Parameter, die Einschätzung des politischen Systems als Demokratie durch die Bevölkerung ist nicht zufriedenstellend. Im Jahr 2005 beschrieben 15 % Uganda als „full democracy“ (2000: 25 %), 34 % als „democracy with minor problems“ (2000: 32 %), 18 % als „democra-

¹⁶⁶ Vgl. Ministry of Finance, Planning and Economic Development (2004) S. 115

¹⁶⁷ Vgl. Ministry of Finance, Planning and Economic Development (2004) S. 259

¹⁶⁸ Siehe Anhang A

cy with major problems“ (2000: 32 %) und 5 % als „not a democracy“ (2000: 7 %).¹⁶⁹

¹⁶⁹ Vgl. Afrobarometer (2007) S. 21

Anm: Ganze 29 % antworteten „Do not understand question / do not understand what 'democracy' is. 1% gab keine Antwort.

Anm.: 4% antworteten „do not know“ oder gaben keine Antwort.

Vgl. Stasavage, David (2004) S. 14

8. Résumé

Zwischen der Herrschaftsform und der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung gibt es zweifellos Zusammenhänge. Die Forschungsfrage nach dem Verhältnis von Entwicklung und Demokratie in Uganda seit Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1962, ist nur unter Rücksichtnahme auf landesspezifische Faktoren beantwortbar. Denn abhängig von den jeweiligen zeitlichen und räumlichen Gegebenheiten eines Landes können sich diese Interaktionen in unterschiedlicher Ausprägung auswirken. So konnten unter bestimmten Voraussetzungen beispielsweise in Südostasien gerade durch autoritäre Regierungssysteme wirtschaftliches Wachstum und in der Folge soziale Errungenschaften gesichert werden. In vielen anderen Ländern der Dritten Welt, in denen der Weg von Unabhängigkeit direkt zu Diktaturen führte, hatte das aber katastrophale Folgen. Ein Beispiel für einen Staat, der in seiner Entwicklung durch Diktaturen immer wieder zurückgeworfen wurde, und erst im Zuge langsamer, aber stetiger Demokratisierung Fortschritte erzielen konnte, ist die Republik Uganda. Ziel dieser Arbeit ist es, in diesem Zusammenhang gestellten Forschungsfragen für das Bespielland Uganda zu beantworten:

- *Inwieweit ist Entwicklung überhaupt von staatlichen Institutionen abhängig?*

Staatliche Rahmenbedingungen bleiben weiterhin ein bestimmender Faktor im Bereich der Entwicklungspolitik und das Problem schwacher Staatlichkeit behindert positive Entwicklung. Ein zentraler Punkt ist hier, auch am Beispiel Uganda, das Gewaltmonopol. Wo es nicht etabliert ist, vor allem im Norden des Landes, gibt es aufgrund von

gewaltsamen Konflikten erhebliche Entwicklungsdefizite im Vergleich zu anderen Regionen des Landes. Der Human Development Index ist dort mit 0,499 deutlich niedriger als im Osten (0,582), Westen (0,563) und im Zentrum (0,637).¹⁷⁰ Politische Stabilität als Grundlage von Entwicklung ist eine unverzichtbare Rahmenbedingung. Uganda wurde in seiner jüngeren Geschichte in Form neopatrimonialer Systeme unter Idi Amin und Milton Obote regiert. Ein Hauptproblem dieser Herrschaftsform ist das Unverhältnis zwischen der Erhöhung gesellschaftlicher Komplexität und mangelnder Leistungsfähigkeit des Staates. Wo das Staatswesen im wesentlichen auf die eigene Erhaltung ausgerichtet ist, ist eine Überforderung, und in der Folge eine umfassende Krise, unausweichlich. Aus entwicklungstheoretischer Perspektive muss meiner Ansicht nach daher der Staat eine zentrale Rolle einnehmen.¹⁷¹

- *Ist Entwicklung nur in Demokratien nach westlichem Muster möglich? Oder ist vielmehr ein gewisser Grad an Entwicklung die Voraussetzung für Demokratie?*

Uganda hat mit dem Movement-System ein demokratisches politisches System etabliert, das ethnische und religiöse Konfliktlinien besser umgehen konnte, als es ein Mehrparteiensystem hätte erreichen können. Außenpolitischer und innerstaatlicher zivilgesellschaftlicher Druck erzwangen im Laufe der Jahre aber eine stetige Annäherung an demokratiepolitische Ideale, nachdem die Begründung für die Aufrechterhaltung des (K)ein-Parteien-Systems, nämlich die Gefahr des Zerfalls des Landes entlang ethnischer und re-

¹⁷⁰ Vgl. UNDP (2007) S. 56

¹⁷¹ Vgl. z.B.: Wimmer, Hannes (2000) S. 207 f.

ligiöser Trennlinien, nicht mehr evident war. Grundsätzlich sind daher durchaus alternative demokratische Systeme denkbar, wenn auch die Annäherung des ugandischen Systems an „westliche“ Ideale im konkreten Fall äußerst wünschenswert war und ist.

- *Wie ist in diesem Zusammenhang die ugandische Demokratie einzuschätzen?*

Das Movement-System in Uganda hat seit der Machtübernahme durch Yoweri Museveni im Jahr 1986 wichtige Schritte zur Demokratie gemacht. Auch wenn beispielsweise der Demokratie-Index des Economist Uganda in der Kategorie „Hybrid-Regime“ geführt wird, und es nur auf Platz 100 von 167 erfassten Ländern rangiert, konnten dennoch einige Erfolge verbucht werden. Die Überwindung ethnischer, religiöser und regionaler Spaltungen zugunsten nationaler Einheit, wurde als erstes und wichtigstes Ziel nie gänzlich erreicht, ihre Bedeutung für die Politik des Landes nahm aber deutlich ab.

Mit dem Local-Council-Wahlsystem wurden die notwendigen Voraussetzungen für eine breite Teilhabe der Bevölkerung am politischen Entscheidungsprozess geschaffen. Es fanden freie und faire Wahlen statt, und der Hauptkritikpunkt an der ugandischen Demokratie, der Ausschluss politischer Parteien, fiel mit dem Referendum des Jahres 2005 weg. Aus der Politik der letzten zwanzig Jahre ist außerdem eindeutig abzulesen, dass Entwicklung dem Demokratisierungsprozess keinesfalls untergeordnet wurde. Die politischen Entscheidungsträger waren der Ansicht, nationale Einheit, eine starke Wirtschaft, politische Vernunft, stabile politische Institutionen seien die Vorbedingung für das Funktionieren eines Mehrparteiensystems. Damit stellten sie de-

mokratiepolitische Ziele auch entwicklungspolitischen Zielen nach. Der Ansatz, drohenden „Gefahren“ der Demokratie, wie etwa der Ausrichtung von Parteien entlang ethnischer Trennlinien, durch vorherige Konsolidierung entgegen zu wirken, scheint aufgegangen zu sein. Folgende Schlussfolgerung von Boutros Ghali trifft demnach auf Uganda zu:

„Democracy is a factor of peace and therefore encourages development, which itself tends to consolidate the state of domestic peace and, consequently, international peace [...]“¹⁷²

Die im vierten Kapitel beschriebenen erfolgsbestimmenden Faktoren der demokratischen Konsolidierung hat Uganda noch nicht ganz erfüllt. Es fanden zwar nach langer Übergangsfrist freie und faire Wahlen statt, die allerdings bislang an der Staatsspitze keinen Machtwechsel brachten. Allein diese Tatsache ist Grund genug, das Konzept Neopatrimonialismus bei der Analyse ugandischer Politik zu berücksichtigen. Die Art und Weise der Verfassungsgebung wurde nicht aufgrund fehlender Partizipationsmöglichkeiten, sondern wegen ihrer Dauer und der dadurch entstehenden Wahlverschiebungen kritisiert. Der dritte Punkt, „personelle Altlasten“, also Probleme mit Vertretern des vorangegangenen Regimes, ergaben sich aufgrund des Exils von Milton Obote in Tansania und später in Sambia nicht. Der wahrscheinlich bedeutendste Punkt, der die Grundlage der Legitimität darstellt, ist die Breite der Zustimmung. In den Jahren 2000 bis 2005 schätzten immer mehr UganderInnen ihr Land als Demokratie mit Einschrän-

¹⁷² Vgl. Boutros Boutros Ghali (2003) S. 12

kungen ein, oder bezeichneten ihre Regierung als undemokratisch. Es ist noch nicht abzusehen, welche Auswirkung die Zulassung von Parteien zur Wahl diesbezüglich haben wird. Die Regierung Museveni zeigte damit aber, dass sie nicht über die Bevölkerung hinweg regiert. Das spricht meiner Ansicht nach dafür, dass sich die Demokratie in absehbarer Zeit in Uganda vollständig konsolidieren wird.

Ein weiterer Grund für das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Regierung liegt zweifellos in den entwicklungspolitischen Erfolgen. Die Überwindung von extremer Armut und Hunger ist eines der Hauptziele ugandischer Politik und das zugehörige MDG-Ziel ist auf dem besten Weg der Verwirklichung. Uganda ist eines der wenigen Länder weltweit, dem es gelungen ist, die HIV/Aids-Rate stark zu senken und die Immunschwächekrankheit weitgehend zu bekämpfen. Der Human Development Index Ugandas verbessert sich laufend, nur 2002/2003 ist ein Einbruch zu verzeichnen, der aber auf externe Faktoren wie den Verfall des Kaffeepreises zurückzuführen ist. Im Jahr 2005 schaffte Uganda den Sprung in die Kategorie „Medium-Human-Development“ des UNDP.

Alle drei den HDI bestimmenden Indikatoren zeigen einen deutlichen Aufwärtstrend. Die Lebenserwartung steigt dank der Erfolge im Kampf gegen HIV/Aids und der niedrigeren Kindersterblichkeit langsam aber stetig und lag 2005 bei 50,4 Jahren. Durch staatliche Investitionen im Bildungsbereich konnte die Einschulungsrate seit Ende der 1990er Jahre verbessert werden. Vor allem der frühzeitige Schulabbruch stellt aber weiterhin ein massives Problem dar. Hier ist in jedem Fall ein sinnvoller Ansatzpunkt, um den HDI auf ein neues

Rekordniveau zu bringen. Das BIP pro Kopf, das als Faktor Lebensstandard in den HDI einfließt, konnte ebenso in den letzten Jahren einen stetigen Anstieg verzeichnen. Das gelang, obwohl mehrere Jahre Dürre herrschte, Regenzeiten teils ganz ausblieben, und 72 % der UganderInnen direkt oder indirekt vom Agrarsektor abhängig sind. Parallel zur Verbesserung der allgemeinen Lebensumstände sank auch der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung von 56 % Anfang der 1990er Jahre auf 31 % im Jahr 2005.

Die Beurteilung des Weges Ugandas zur Erreichung der Millennium Development Goals der Vereinten Nationen fällt gemischt aus. Während einige Ziele schon erreicht sind, oder wahrscheinlich ohne Schwierigkeiten erreicht werden, wie die Ziele zur Halbierung von Armut und Hunger, die Grundschulausbildung für alle Kinder, und die Bekämpfung von Krankheiten wie HIV/Aids und Malaria, werden andere nicht erreicht werden können. Drastisch stellt sich die Situation im Bereich Kindersterblichkeit dar: 137 von 1000 Kindern sterben bevor sie das fünfte Lebensjahr vollenden. Die staatlichen Anstrengungen zur Verwirklichung des Ziels, die Kindersterblichkeit bis 2015 auf unter 56/1000 zu senken wird vom UNDP als schwach, aber sich verbessernd beschrieben. Ähnlich steht es um die Gesundheit der Mütter. Auf 100.000 Lebendgeburten kommt der Tod von 435 Müttern. Beide Bereiche sind auf staatliche Hilfe beim Ausbau medizinischer Infrastruktur angewiesen, wenn auch andere Einflussfaktoren nicht vernachlässigt werden dürfen.

Nichtsdestotrotz konnten in Summe beachtliche entwicklungspolitische Erfolge verbucht werden, die dem politischen System,

unabhängig von westlichen Vorstellungen, eine Legitimationsgrundlage verschaffen.

Abschließend lässt sich festhalten, dass sich in Uganda mit Yoweri Museveni ein Präsident an der Macht hält, der es versteht Entwicklung voranzutreiben, und der gleichzeitig den Forderungen nach weiterer Demokratisierung nur schleppend nachgibt. Im Unterschied zu seinen neopatrimonialen Amtsvorgängern lässt er aber die Entwicklung und Festigung von demokratischen Institutionen zu. Ein wichtiger Schritt wurde mit der Einführung eines Mehrparteiensystems im Zuge des Referendums des Jahres 2005 gemacht. Dieses Verhalten des Präsidenten lässt hoffen, dass am Ende der Ära Museveni ein friedlicher Machtwechsel stehen wird, den die bereits etablierten demokratischen Institutionen gefahrlos überstehen.

9. Anhang

Anhang A: Überblick¹⁷³

BASISDATEN

Unabhängigkeit	9. Oktober 1962
Staatsform	Präsidentialrepublik
Staatsoberhaupt	Yoweri Kaguta Museveni
Regierungschef	Apollo Nsibambi
Außenminister	Sam Kutesa
Fläche*	241,040 km ²
Bevölkerung**	28,9 Mio.
Bevölkerungswachstum**	3,3 %
Lebenserwartung**	Frauen: 50,2 Jahre; Männer: 49,1 Jahre
Alphabetisierung (Bev. ab 15 Jahren)**	Frauen: 57,7%; Männer: 76,8%
HDI (Human development Index)**	0,505 (Max. 1), 154. Stelle von 177
GDI (Gender related development Index)**	0,501 (Max. 1), 132. Stelle von 157
BIP*	9,3 Mrd. USD
Jährliches Wachstum des BIP*	5,3 %
BNE*	8,9 Mrd. USD
BNE pro Kopf*	300 USD
Armut**	37,7% leben unter der nationalen Armutsgrenze.
Bev. mit Zugang zu sauberem Wasser**	60 %

* Weltbank: World Development Indicators database, 2007

** UNDP: Human Development Report 2007/08

¹⁷³ Austrian Development Agency (ADA) (2008)

Anhang B: Wahlergebnisse¹⁷⁴**1958 Legislative Council Election***

Registered Voters Not Available

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (N/A)

Party	Number of Seats (10)
Uganda National Congress (UNC)	05
Democratic Party (DP)	01
Independents	04

*These were the first elections held for seats on the Legislative Council. The Buganda boycotted the poll.

March 1961 Legislative Council Election

Registered Voters Not Available

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (N/A)

Party	Number of Seats (91)
Democratic Party (DP)	43
Uganda People's Congress (UPC)	35
Others	13

25 April 1962 National Assembly Election*

Registered Voters Not Available

¹⁷⁴ African Elections Database (2008)

9. Anhang

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (N/A)

Party/[Coalition]	Number of Seats (91)
Uganda People's Congress-Kabaka Yekka [UPC-KY]	58
Uganda People's Congress (UPC)	37
Kabaka Yekka (KY)	21
Democratic Party (DP)	24
Others	09

*The Buganda region opted for indirect elections and its Lukiiko [local assembly] nominated 21 representatives to the National Assembly. All 21 members represented the Kabaka Yekka (KY) Party.

10 December 1980 National Assembly Election

Registered Voters Not Available

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (approx. 85%)

Party	Number of Seats (126)
Uganda People's Congress (UPC)	72
Democratic Party (DP)	51
Uganda Patriotic Movement (UPM)	01
Conservative Party (CP)	-
Undeclared*	02

*The two undeclared seats appear to have eventually gone to the UPC and DP for a final total of 73 and 52 seats, respectively.

11-28 February 1989 National Resistance Council Election

Registered Voters Not Available

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (N/A)

Out of a total of 278 seats, 210 members were elected without party affiliation.

28 March 1994 Constituent Assembly Election

Registered Voters 7,186,184

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (N/A)

284 non-partisan delegates were elected with the principal task of writing a final draft of a new constitution.

09 May 1996 Presidential Election

Registered Voters 8,500,000

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (approx. 73%)

Candidate	% of Votes
Yoweri Kaguta Museveni	75.5%
Paul Kawanga Ssemogerere	22.3%
Muhammad Kibirige Mayanja	2.2%

27 June 1996 Parliamentary Election*

Registered Voters 8,500,000

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (N/A)

Party	Number of Seats (276)
National Resistance Movement (NRM)	156

9. Anhang

Others	120
--------	-----

*The election was officially non partisan; The opposition, after their defeat in the earlier presidential election, met and declared a boycott of the parliamentary elections.

29 June 2000 Referendum

Referendum Question: Which political system do you wish to adopt, Movement or Multiparty?

Registered Voters	9,609,703
Total Votes (Voter Turnout)	4,914,524 (51.1%)
Invalid/Blank Votes	148,800
Total Valid Votes	4,765,724

Results	Number of Votes	% of Votes
Movement [Non Partisan] System	4,322,901	90.7%
Multiparty System	442,843	09.3%

12 March 2001 Presidential Election

Registered Voters	10,775,836
Total Votes (Voter Turnout)	7,576,144 (70.3%)
Invalid/Blank Votes	186,453
Total Valid Votes	7,389,691

Candidate	Number of Votes	% of Votes
Yoweri Kaguta Museveni	5,123,360	69.33%

Kizza Besigye	2,055,795	27.82%
Aggrey Awori	103,915	1.41%
Muhammad Kibirige Mayanja	73,790	1.00%
Francis Bwengye	22,751	0.31%
Karuhanga Chapaa	10,080	0.14%

27 June 2001 Parliamentary Election

Registered Voters 10,570,412

Total Votes (Voter Turnout) Not Available (70.3%)

National Resistance Movement (NRM) supporters continued to dominate parliament after the election. The opposition boycotted the election. No further information is available.

28 July 2005 Referendum*

Main Points: Introduction of Multiparty System

Referendum Question: Do you agree to open up the political space to allow those who wish to join different organizations/parties to do so to compete for political power?

Registered Voters 8,524,230

Total Votes (Voter Turnout) 4,034,232 (47.3%)

Invalid/Blank Votes 93,144

Total Valid Votes 3,941,088

Results	Number of Votes	% of Votes
"Yes" Votes	3,643,223	92.44%
"No" Votes	297,865	07.56%

23 February 2006 Presidential Election

Registered Voters	10,450,788
Total Votes (Voter Turnout)	7,230,456 (69.2%)
Invalid/Blank Votes	295,525
Total Valid Votes	6,934,931

Candidate (Party)	Number of Votes	% of Votes
Yoweri Kaguta Museveni (NRM)	4,109,449	59.26%
Kizza Besigye (FDC)	2,592,954	37.39%
John Ssebaana Kizito (DP)	109,583	1.58%
Abed Bwanika	65,874	0.95%
Miria Obote (UPC)	57,071	0.82%

23 February 2006 Parliamentary Election

Registered Voters	Not Available
Total Votes (Voter Turnout)	Not Available (N/A)

Party	Number of Seats (284)*
National Resistance Movement (NRM)	191
Forum for Democratic Change (FDC)	37
Uganda People's Congress (UPC)	09
Democratic Party (DP)	08

Conservative Party (CP)	01
Justice Forum (JEEMA)	01
Independents	36
Vacant	01

*Directly elected seats only (215 constituency seats and 69 district women representatives).

Anhang C

Entwicklungspolitische Basisdaten:¹⁷⁵

Fläche: 241.139 km (davon 44.000 km Binnengewässer)

Bevölkerung: 2003: 26,9 Mio. (UNDP 2005); 2003: 25,8 Mio. (IMF 2005) 2002: 25,0 Mio. (EIU 2005)

Bevölkerungswachstum (durchschn. jährl. in % 1975 – 2003): 3,3 (UNDP 2005);

Bevölkerungsdichte (in Einwohnern pro km²) 2003: 128 (UNDP 2005);

Verstädterung: 2003:12,3 /1975:8,3% (UNDP 2005)

Öffentliche Ausgaben für Bildung:

2000-2002: 4 % des BSP; 1990: 11,5 % des Gesamtbudgets (UNDP 2005)

Alphabetisierungsrate: 2003: 69 % der Einwohner ab 15 Jahren; w: 56,8% m: 77,5%; (UNDP 2002,2005)

Einschulungsrate: 1998: Grundschule: 100 %, Sekundarschule 9% (UNDP 2002) 2002/3: Frauen: 72%, Männer 75% (UNDP 2005, Münzinger Archiv 2005)

Öffentliche Ausgaben für das Gesundheitswesen: 2002: 6,4 % des BSP (UNDP 2005)

Lebenserwartung: 2003: 47,3 Jahre (UNDP 2005);

Gesundheitsversorgung:

1990-2004: 5 Ärzte pro 100.000 Einw. (UNDP 2005) rund 30% haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung.

¹⁷⁵ Quelle: Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklung (ÖFSE) (2006)

HIV/Aids-Rate (15-bis 49-Jährige; 2003): 4,1 % (530.000 HIV-Positive, 89.000 Sterbefälle); (UN Population Division; UNAIDS)

Ernährung: 2000-2002: 19% der gesamten Bevölkerung waren unterernährt (UNDP 2005)

Zugang zu sauberem Wasser: 2002: 66 %; (UNDP 2005)

Human Development Index (HDI):

2003: Rang 144 von 177, mit einem Index v. 0,5 (max. 1,0) (UNDP 2005)

Gender Related Development Index (GDI):

2003: Rang 109 von 144 mit einem Index v. 0,355 (max. 1) (UNDP 2005)

Bevölkerung unter der Armutsgrenze-Human Poverty Index (HPI-1):

2005: 36 % (Rang 66) (UNDP 2005)

BSP/Kopf: 2003: 240 US\$ (UNDP 2005)

Durchschnittliches Wachstum des BSP:

2003: -3,9 % (IBRD 2004); 2004: 11,6 (EIU 2005)

Inflation: 2004: - 7,5 % (EIU 2005)

Verschuldung: 2002: 4.1 Mrd. US\$; (UNDP, EIU 2005), 2005: 4,8 Mrd. US\$ (71,4% d. BNP) (Munzinger Archiv)

Schuldendienst:

2004: 8,0% der Exporte von Gütern und Dienstleistungen (EIU 2005)

10. Abbildungen

Abbildung 1:

<http://afrika.heim.at/LandkOstAfrika/ugandak.jpg>

Abbildung 2:

UNDP (2007): *Uganda Human Development Report 2007*.
<http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/africa/uganda/uganda%20national%20human%20development%20report%202007.pdf>, S. 48

11. Bibliographie

Africa Confidential (2003): *The great U-turn*. In: Africa Confidential (44/7). S. 1-3.

Africa Confidential (2005): *Milton stays lost. Former President Obote's promised return gives life to Museveni's re-election campaign*. In: Africa Confidential (46/8). S. 3-4.

African Elections Database (2008): *Elections in Uganda*.
http://africanelections.tripod.com/ug.html#2000_Referendum

Afrobarometer (2007): *Summary of Results: Round 3 Afrobarometer Survey in Uganda 2005*. <http://www.afrobarometer.org/Summary%20of%20Results/Round%203/uga-R3SOR-7jan07-final.pdf>

Austrian Development Agency (ADA)(ua.) (2006): *Joint Assistance Strategy For The Republic Of Uganda (2005 – 2009)*.
<http://www.entwicklung.at/uploads/media/joint-assistance-strat-uganda.pdf>

Austrian Development Agency (ADA) (2008): *Länderinformation Uganda*.

http://www.entwicklung.at/uploads/media/Laenderinformation_Uganda_Mai_2008_final.pdf

Auswärtiges Amt Deutschland: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Laenderinformationen/Uganda/Innenpolitik.html>

Ahluwalia, Pal / Zegeye, Abebe (2001): *Ein Staat ohne Parteien oder Ein-Parteien-Staat?*. In: *Afrika Süd* (2/2001). S. 34-37.

Boutros Boutros Ghali (2003): *The Interaction between Democracy and Development*.
<http://unesdoc.unesco.org/images/0013/001323/132343e.pdf>

Brand, Ulrich (Hg.) (2007): *ABC der Alternativen. Von "Ästhetik des Widerstands" bis "Ziviler Ungehorsam"*. VSA. Hamburg.

Constitution of the Republic of Uganda (1995):
http://www.parliament.go.ug/images/constitution_1995.pdf

Ddungu, Expedit (1994): Popular forms and the question of democracy: The case of Resistance Councils in Uganda. In: Mamdani, Mahmood / Oloka-Onyango, Joe (Hg.) (1994): *Uganda. Studies in Living Conditions, Popular Movements and Constitutionalism*. JEP Book Series. Wien. S. 365-404.

Fanon, Frantz (1966): *Die Verdammten dieser Erde*. Suhrkamp. Frankfurt/Main.

Fischer, Karin / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (2004): *Entwicklung - eine Karotte, viele Esel?*. In: Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmi / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (Hg.) (2004): *Entwicklung und Unterentwicklung*. Mandelbaum. Wien.

Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmi / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (2004): *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Mandelbaum. Wien.

Grimm, Dieter (2006): *Das staatliche Gewaltmonopol*. In: Anders, Freia / Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.) (2006): *Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols - Recht und politisch motivierte Gewalt am Ende des 20. Jahrhunderts*. Campus-Verl. Frankfurt/Main.

- Hein, Wolfgang (1998): *Unterentwicklung - Krise der Peripherie. Phänomene, Theorien, Strategien*. Leske + Budrich. Opladen.
- Hein, Wolfgang (2004): *Entwicklungsstaat, Strukturanpassung und prekäre Staatlichkeit*.
http://www.duei.de/nsa/04-3/kostenfrei/t_hein_04-3.pdf
- Hobbes, Thomas (1980/1651): *Leviathan. Erster und zweiter Teil*. Reclam. Stuttgart.
- Inter-Parliamentary Union (1997): *Universal Declaration on Democracy*. <http://www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm>
- Jäger, Johannes / Novy, Andreas (2004): *Wissenschaft und Entwicklungspolitik. Politische Konsequenzen von Entwicklungstheorien*. In: Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmis / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (Hg.) (2004): *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Mandelbaum. Wien. S. 161-177.
- Kabwegyere, Tarsis Bazana (2000): *People's choice, people's power: challenges and prospects of democracy in Uganda*. Fountain Publishers. Kampala.
- Kanyeihamba, George W. (2006): *Kanyeihamba's Commentaries on Law, Politics and Governance*. Renaissance Media. Kampala.
- Kolland, Franz (2004): *Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien*. In: Fischer, Karin / Maral-Hanak, Irmis / Hödl, Gerald / Parnreiter, Christof (Hg.) (2004): *Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien*. Mandelbaum. Wien. S. 81-105.
- Kretzl, Reinhard (1999): *Verfassungsentwicklung in Uganda. Vergleich der Verfassungen von 1962, 1967 und 1995*. Diplomarbeit. Wien.
- Lipset, Seymour Martin (1959): *Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*. In: *American Political Science Review* 53 (1). S. 69-105.

- Merkel, Wolfgang / Puhle, Hans-Jürgen (1999): *Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Westdt. Verl. Opladen.
- Ministry of Finance, Planning and Economic Development (2004): *Poverty Eradication Action Plan (2004/5-2007/8)*. <http://www.entwicklung.at/uploads/media/PEAP.pdf>
- Mugaju, Justus (2000): *An Historical Background to Uganda's No-Party Democracy*. In: Mugaju, Justus / Oloka-Onyango, J. (Hg.) (2000): *No-party democracy in Uganda: Myths and realities*. Fountain Publishers. Kampala. S. 8-24.
- Mugaju, Justus / Oloka-Onyango, J. (2000): *No-party democracy in Uganda: Myths and realities*. Fountain Publishers. Kampala.
- Mugaju, Justus / Oloka-Onyango, J. (2000): *Introduction: Revisiting the Multiparty versus Movement System Debate*. In: Mugaju, Justus / Oloka-Onyango, J. (Hg.) (2000): *No-party democracy in Uganda: Myths and realities*. Fountain Publishers. Kampala. S. 1-8.
- Muno, Wolfgang (2001): *Demokratie und Entwicklung*. Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Politische Auslandsstudien und Entwicklungspolitik [Dokumente und Materialien Nr. 29]. Mainz.
- Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (2002): *Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe*. Beck. München.
- Nohlen, Dieter (Hg.) (2002): *Lexikon Dritte Welt. Länder, Organisationen, Theorien, Begriffe, Personen*. Rowohlt. Reinbek bei Hamburg.
- Nohlen, Dieter (2005): *Entwicklungstheorie und Transitionsforschung. Ein ressourcenorientierter Theorievergleich*. In: Engel, Ulf / Jakobeit, Cord / Mehler, Andreas / Schuber, Gunter (Hg.) (2005): *Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff*. LIT. Münster. S. 313-335.
- Nuscheler, Franz (2004): *Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspoli-*

11. Bibliographie

tischen Themenfelder Globalisierung, Staatsversagen, Hunger, Bevölkerung, Wirtschaft und Umwelt. Dietz. Bonn.

Nuscheler, Franz (2005): *Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik.* In: Engel, Ulf / Jakobeit, Cord / Mehler, Andreas / Schuber, Gunter (Hg.) (2005): *Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff.* LIT. Münster. S. 126-140.

Ofcansky, Thomas P. (1996): *Uganda. Tarnished pearl of Africa.* Westview Press. Boulder, Colo. [u.a.].

OneWorld (2005): *HIV/AIDS in Uganda: Fenster der Hoffnung.*
<http://www.oneworld.at/start.asp?ID=8115>

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklung (2002): *Armutsbekämpfungsprogramme auf dem Prüfstand.*
<http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/Armutsbekaempfungsprogramme.pdf>

Österreichische Forschungsstiftung für Entwicklung (ÖFSE) (2006):
Länderinformation Uganda.
<http://www.oefse.at/publikationen/laender/uganda.htm>

PRSP-Watch (2008): <http://www.prsp-watch.de/index.php?page=laenderprofile/uganda.php>

Prunier, Gérard / Calas, Bernard (Hg.) (1994): *L'Ouganda contemporain.* Karthala [u.a.]. Paris.

Purkarthofer, Petra (2004): *Staat und "neue Kriege". Der Zusammenbruch von Staatlichkeit und seine strukturellen Ursachen.* Mandelbaum. Wien.

Ruffert, Michael (1996): *Ein Modell mit Schönheitsfehlern. Uganda entwickelt seine eigene Form der Demokratie.* In: E+Z (1996/12). S. 332-333.

Schicho, Walter (2004): *Handbuch Afrika 3. Nord- und Ostafrika.* Brandes & Apsel. Wien.

Schlichte, Klaus (2000): *Staatsbildung und Staatszerfall in der "Dritten Welt".* In: Siegelberg, Jens / Schlichte, Klaus (Hg.) (2000):

Strukturwandel internationaler Beziehungen. Westdeutscher Verlag. Wiesbaden.

Schlichte, Klaus (2005): *Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Asien, Afrika und Lateinamerika.* Campus-Verl. Frankfurt am Main.

State House of the Republic of Uganda:
<http://www.statehouse.go.ug/government.php?catId=7>

Stasavage, David (2004): *The Role of Democracy in Uganda's Move to Universal Primary Education.*
<http://eprints.lse.ac.uk/226/1/uganda.pdf>

Stuart, Frances / O'Sullivan, Megan (1998): *Democracy, Conflict and Development - Three Cases.*
<http://www3.qeh.ox.ac.uk/RePEc/qeh/qehwps/qehwps15.pdf>

Tetzlaff, Rainer (1992): *Perspektiven der Demokratisierung in Entwicklungsländern.* Deutsches Übersee-Institut. Hamburg.

Tetzlaff, Rainer (1995): *Theorien der Entwicklung der Dritten Welt nach dem Ende der Zweiten (sozialistischen) Welt.* In: Beyme, Klaus von / Offer, Klaus (Hg.) (1995): *Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 26/1995.* Westdeutscher Verlag.

Uma Kothari (2007): *Geographies and Histories of Development.* In: JEP 2/2007. Mandelbaum. Wien.

UNDP (2007): *Uganda Human Development Report 2007.*
<http://hdr.undp.org/en/reports/nationalreports/africa/uganda/uganda%20national%20human%20development%20report%202007.pdf>

UNDP (2008): *2007/2008 Human Development Index rankings.*
<http://hdr.undp.org/en/statistics/>

Wimmer, Hannes (1996): *Evolution der Politik. Von der Stammesgesellschaft zur modernen Demokratie.* WUV-Univ.-Verl. Wien.

Wimmer, Hannes (2000): *Die Modernisierung politischer Systeme. Staat, Parteien, Öffentlichkeit.* Böhlau. Wien.

11. Bibliographie

World Bank (2006): *GNI per capita 2006*.

<http://siteresources.worldbank.org/DATASTATISTICS/Resources/GNIPC.pdf>, 27.01.08.

Alle Internetseiten wurden, wenn nicht anders angegeben, zuletzt am 25.03.2009 abgerufen.

Abstract

Der Staat und die von ihm geschaffenen Rahmenbedingungen nehmen unter den Einflussfaktoren, die Entwicklung bestimmen, eine besondere Stellung ein. Da die Wechselwirkungen zwischen Entwicklung und Herrschaftsverhältnis sehr stark von der politischen Geschichte und von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten eines Landes abhängig sind, werden sie in dieser Arbeit anhand eines konkreten Beispiels analysiert. Die ostafrikanische Republik Uganda eignet sich dafür aufgrund der seit der Machtübernahme Yoweri Musevenis parallel verlaufenden Entwicklungs- und Demokratisierungstendenzen. Ihre koloniale Vergangenheit, die nachfolgenden neopatrimonialen Systeme, und die gegenwärtigen Fortschritte machen eventuell auch Vergleiche mit anderen afrikanischen Ländern südlich der Sahara möglich. Obwohl in manchen Regionen autoritäre Regierungssysteme beachtliche Entwicklungsfortschritte vorweisen konnten, trifft dies keineswegs auf alle zu. Uganda ist ein Beispiel für jene Länder, in denen entwicklungspolitische Erfolge erst mit dem Einsetzen eines Demokratisierungsprozesses erzielt werden konnten, beziehungsweise diese Fortschritte zuvor jahrzehntelang durch neopatrimoniale Systeme blockiert wurden. Das Movement-System, die „Kein-Parteien-Demokratie“ Ugandas, ermöglichte mit der Besonderheit der Local Councils erstmals eine breit angelegte politische Partizipation, verbot andererseits politischen Parteien bei Wahlen zu kandidieren. 2005 wurde dies im Zuge des zweiten Referendums zu diesem Thema geändert. Entwicklungspolitische Erfolge, wie sie im Kampf gegen Armut und Hunger und bei der Senkung der HIV/Aids-Rate die in den letzten anderthalb Jahrzehnten in Uganda erzielt wurden, sind die wichtigste

Abstract

Legitimationsgrundlage für die amtierende Regierung. Durch sie ist zumindest relative politische Stabilität gewährleistet, die eine Grundlage für weitere Entwicklung und Demokratisierung darstellt.

Lebenslauf

Name: Martin Reif
Geburtstag: 16.07.1982
Geburtsort: Linz

Ausbildung

1988-1992 Volksschule
1992-1996 BRG Ramsauerstraße, Linz
1996-2002 Handelsakademie Linz, Rudigierstraße
seit 2003 Studium der Politikwissenschaft an der Univ. Wien
SS 2007: Studium an der Université d'Angers (FR)

Studiums- und Forschungsschwerpunkte

- Internationale Entwicklung, Friedens- und Konfliktforschung
- Internationale Politik
- Österreichische Politik

Praxis

Herbst 2006: Praktikum bei der Gesellschaft für bedrohte Völker Österreich (GfbV)
Herbst 2007: Praktikum beim Paulo Freire Zentrum
u.a.: Mitarbeit bei Organisation und Dokumentation des Symposiums „*Perspectives on Development Studies*“
01/08 - 11/08: Beschäftigung beim Mattersburger Kreis für Entwicklungspolitik an den österr. Universitäten
seit März 2008: Mitglied im Redaktionsteam der Grünen Bildungswerkstatt Wien
seit März 2009: Mitglied im Redaktionsteam des Paulo Freire Zentrums